

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Einget. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 30. März 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Leitender Redakteur: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Abonnements-Einladung.

Wir eruchen alle unsere Freunde und Genossen, nach Kräften für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises zum 1. April thätig zu sein. Es ist das eine Parteipflicht. Die Hauptstärke einer Partei liegt in ihrer Presse — je mehr Leser ein Blatt hat, desto größere Macht hat es, und je größer die Macht der Parteipresse, desto größer die Macht der Partei, mer dem Partei-Organ neue Leser zuführt, stärkt sonach die Partei.

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für die Monate April, Mai, Juni entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.)

In unserer Nummer 71 begannen wir die Veröffentlichung des geschichtlichen Romans

Der Jude.

Von Spindler.

In diesem Roman, einem der besten Werke unserer deutschen Romanliteratur, werden in spannender Form die Zustände Deutschlands zu Anfang des 15. Jahrhunderts behandelt — der schwächliche Verfall der Judenverfolgungen, die Raubritterwirtschaft, das Walten der Behme, — kurz Zustände und Ereignisse, die in der gegenwärtigen Zeit, wo der Zelotismus wieder gern Scheiterhaufen errichten möchte, von fast brennender Aktualität sind.

Nach diesem Roman werden wir einen anderen veröffentlichten, der in Berlin spielt und die März-Ereignisse des Jahres 1848 schildert.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von C. Spindler.

Fern von Jugendspielen und Gefährten seines Alters kannte er niemand, als die schwarze Mutter, die er nicht liebte, die freundliche Gudel, nach der er sich sehnte, und das vierfüßige Hänschen, das er am schmerzlichsten vermisste. Gerbard erlah aus allem, daß ihn seine, größtenteils vom Wein erregte, Weichherzigkeit hier in eine sonderbare Historie verwickelt hatte, und ihm wahrscheinlich eine Last zugesallen war, die er bei der äußersten Beschränkung seiner Lage nicht auf die Dauer würde tragen können. Eine plötzliche Vermuthung ergriß ihn; und er durchsuchte die Kleider des Kindes nach Geld und Kleinodien, die vielleicht dem Finder als eine Entschädigung zugesandt sein möchten; doch war sein Bemühen umsonst. Keine Blechnägel, kein armseliger Hohlpfennig war bei dem Verlassenen zu finden. Außer dem höchst einfachen Gewande des Kindes trug es nichts bei sich. Unmuthig stellte er den Knaben nieder, und ging, von neuem gegen sein Geschick großend, auf und ab. Das Kind schmiegte sich in dessen stille und in sich gelehrt an den durch Trautweins Vorvorje erwärmten Ofen, und weinte nur von Zeit zu Zeit vor sich hin, theils im Andenken an die gute Gudel, theils im Bewußtsein des qualenden Hungers, den es verspürte. Ein Gluck war es, daß Gerbard in der Tasche seiner Bluderkhose noch ein sogenanntes Martinhorn aufsand, ein Gebäck, mit dem er alsbald den seufzenden Knaben beschwichigte, . . . zum mindestens auf Augenblicke. Zudem er jedoch mit sich selbst zu Rathe ging, wie die eßlustige Bürde vom Halse zu schaffen, und sein eigenes betrübtes Verhältnis zu wenden sei, ließ sich von Außen ein schlürfendes leiser Triit vernehmen, und ein behmüthiges Pochen erklang an der eichenen schwerfällig verzieren Thüre. Gerbard öffnete schnell, und vor ihm stand

Die Unfallversicherung im Jahre 1892.

Dem Reichstage ist vor einiger Zeit aus dem Reichsamte des Innern die gefällig vorgeschriebene Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1892 zugegangen.

Die Zahl der Berufsgenossenschaften ist die gleiche geblieben wie in den Vorjahren und auch in der inneren Organisation hat sich nichts wesentlich verändert. Es gab

	Gewerbliche					Landwirtschaftliche				
	1888	1889	1890	1891	1892	1888	1889	1890	1891	1892
Berufsgenossenschaften	64	64	64	64	64	22	48	48	48	48
Sektionen . . .	306	365	358	358	358	549	552	553	555	556
Mitglieder der Genossenschaftsvorstände . . .	740	737	731	734	736	180	352	352	352	353
Mitglieder der Sektionsvorstände . . .	2045	2006	1988	1987	1990	3220	3251	3256	3260	3268
Vertrauensmänner . . .	7320	8097	7498	7039	7652	8016	13324	14323	15167	15656
Angestellte besoldete Beauftragte (Revisionsingenieure etc.)	124	152	146	168	157	1	5	2	2	1
Schiedsgerichte . . .	414	413	411	409	404	559	588	589	591	598
Arbeitervertreter . . .	2951	2826	2887	2897	2788	960	1176	1185	1182	1186

Das ist ein Bild einer beinahe vollständigen Ruhe. Für die Reichs-, Staats-, Provinzial- und Gemeindebetriebe waren in Thätigkeit

	1888	1889	1890	1891	1892
Ausführungsbehörden . . .	178	285	316	352	348
Schiedsgerichte . . .	174	275	310	329	334
Arbeitervertreter . . .	954	1275	1385	1445	1576

Nachweisung über die gesammten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften u. s. w. für das Jahr 1892. Reichstagsdrucksache Nr. 96. v. Legislaturperiode. II. Session 1893/94. Für 1891 siehe Dr. Ernst Lange, Die Statistik der Unfall- u. c. Versicherung, im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik Band VI, S. 566—574.

Die Ziffer der Ausführungsbehörden und ihrer Organe ist deshalb gestiegen, weil immer mehr Gemeindeverbände und öffentliche Körperschaften auf Grund des § 4 Ziffer 3 des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes als leistungsfähig erklärt worden sind und die Versicherung selbständig übernommen haben.

Wie groß ist die Zahl der Betriebe und der versicherten Personen?

Zahl der Betriebe:	1888					1889					1890					1891					1892				
	1888	1889	1890	1891	1892	1888	1889	1890	1891	1892	1888	1889	1890	1891	1892	1888	1889	1890	1891	1892	1888	1889	1890	1891	1892
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	350	697	904	907	904	350	697	904	907	904	350	697	904	907	904	350	697	904	907	904	350	697	904	907	904
Landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften	9046	9007	9046	9007	9046	9046	9007	9046	9007	9046	9046	9007	9046	9007	9046	9046	9007	9046	9007	9046	9046	9007	9046	9007	9046
Ausführungsbehörden	178	285	316	352	348	178	285	316	352	348	178	285	316	352	348	178	285	316	352	348	178	285	316	352	348
Zusammen:	3966	682	6126	629	6126	3966	682	6126	629	6126	3966	682	6126	629	6126	3966	682	6126	629	6126	3966	682	6126	629	6126

Wie Lange schon früher (im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Band IV, S. 679) nachgewiesen hat,

Worms. Es sind die besten von unseren Leuten . . . die schon vor der Geburt Cures Erlösers eine Synagoge gehabt haben in dieser Stadt, und diese Synagoge hat durchaus nicht gewilligt in den Tod Cures Messias, der nur darum sterben mußte, weil die Entfernung zu groß ist zwischen dem Rheinstrom und Jerusalem, und der Vöte von der Schule zu Worms um einige Stunden zu spät gekommen ist, mit der Verwendung von den Wormser Rabbinern und Keltefen. Wenn Ihr indessen demungeachtet Grund zu glauben habt, unsere hiesigen Brüder zu beargwöhnen, so vertraut Euch mir. Ich stamme von Friedberg, und dieses Zeichen auf meinem Rocke mag Euch beweisen, daß ich nicht von hier bin, wo dies Schiboleth in Vergessenheit gerathen ist.

Hier zeigte er auf den Ring von gelber Seide, den jeder Jude in und um Frankfurt auf der linken Brust tragen mußte. Gerbard, ungeduldig die mißliche Angelegenheit ins Reine zu bringen, machte dem Juden eine ausführliche Beschreibung seiner Lage, und verlangte ein Darlehn auf Wort, Schrift und Glauben. Seine eindringlichen Worte, seine ziemlich herrliche Forderung verriethen wohl, daß er eine abschlägige Antwort nicht im Bereich der Möglichkeit vermuthete; um so mehr bestrebte ihn das überlegende und durchaus nicht billigende Kopfschütteln seines Gegenübers. Nach langer Pause sprach der Jude endlich: „Seht, werther Herr, wir halten auf das, was die Väter sagten und uns einprägten. Den David, sagte der meinige, dem einst das Paradies sei, öfters: Hüte Dich, großen Herren und Kriegsgleuten auf das blinde Wort, auf das leere Geschrieb hin zu vertrauen. Das Wort verwehrt der Wind, und das Papier zerhaut der Regen, der auch im besten Falle nie richtige Zinsen zu zahlen geneigt ist. Baare Münze laßt; ein gutes Pfand macht Muth. — Ich hab's nun immer so gehalten, und Euch, lieber Herr, soll geholfen sein, wenn Ihr mir Bürgschaft stellt in Dingen von Gewicht und Werth oder im Worte eines waderen Mannes, dem die Rechtfchaffenheit werth ist, soll er sie auch nur gegen Juden beweisen.“

„Da steckt eben der Knoten!“ polterte Gerbard: „Auf Pfand und reichliche Bürgschaft kann jeder Fastnachtstanz

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. März.

Die edle Kamegiekerfippe besteht darauf, daß Herr von Caprivi mit seiner neuen internationalen Rede an eine internationale Polizeikonferenz gegen die „Anarchisten“ gedacht habe, und daß eine solche demnächst in Berlin stattfinden werde. Wenn die Herren Kamegieker nicht blind wären, würden sie wissen, daß eine internationale Polizeikonferenz nicht erst stattfinden braucht, sondern daß in den letzten drei Monaten, das heißt seit Beginn der anarchistisch-internationalen Polizeikampagne, bereits e t l i c h e D u h e n d solcher internationaler Polizeikonferenzen stattgefunden haben, und daß zwischen der deutschen, russischen, französischen, englischen und sonstigen Polizei schon längst eine „heilige Allianz“ geschlossen ist — beiläufig die einzige Form, in der eine „heilige Allianz“ der Reaktion möglich. —

Kameele schlucken und Mücken seigen war allezeit die Lösung der Duescher. Daran erinnert uns das Stöder'sche „Volk“, das heute einen langen, auf agrarischem Miste gewachsenen Aufsatz gegen die Gefahr der Fleischeinuhr aus Amerika bringt. Das heißt, der Fleischpreis soll durch Edungskolle in die Höhe getrieben werden, wie der Brotpreis. Daß in Amerika die Fleischschän sehr ungenügend ist, das wissen wir, aber das Fleisch, welches wir aus Deutschland beziehen, ist ja in den meisten Fällen überhaupt gar nicht untersucht; und dieselben Herren, die jetzt gegen das amerikanische Fleisch hehen, halten es für ein durchaus berechtigtes Streben, dem arbeitenden Volke das Fleisch danken Viehs als billigere Waare offiziell anzuhängen. —

Vom Bund der Landwirthe. Auch an diesem neuesten Parteigebilde bewahrheitet sich die Erfahrung, daß die Oppositionslust eine merkwürdige Umwandlung in den Anschauungen hervorrufen. In der neuesten Nummer der Bundeskorrespondenz steht in einem Artikel „Zur Lage“ folgendes zu lesen:

Wir haben die äußerst bedenkliche Erscheinung, daß der deutsche Landwirth, der bisher außer der Sozialdemokratie, der er ja diametral gegenübersteht, den Freisinn als seinen Feind ansah, jetzt geneigt ist, sofern er sich nämlich ehrlich und ohne Rücksicht ausdrückt, den Kaiser als seinen politischen Gegner anzusehen.

Und das sind die nämlichen Leute, die noch vor kurzem ihr politisches Heil in der unbedingten Folgsamkeit gegen die hohe Obrigkeit erblickten!

Auch in der praktischen Politik werden die preussischen Landwirthe oppositioneller. Sie haben im Kreise Platorow-Schlöhan, wo demnächst eine Erntewahl zum Reichstag stattfindet, einen eigenen Kandidaten in der Person des Gutbesizers Schrader aufgestellt. Da die Konservativen einen Gutbesitzer Hilgenborg, die Antisemiten wieder, wie in Mecklenburg, Herrn v. Mosch kandidieren lassen, kann man auf die Krasprobe zwischen diesen drei verfeindeten Brüdern einigermaßen gespannt sein. —

Der Viemarck-Kladderadatsch-Altsch wird noch immer fortgesetzt. Die alte Kalketenliste schimpft mörderisch auf dem Briefkasten, daß sich niemand um sie kümmern will. Apropos, für die Herren Spähle und Konjorten interessieren wir uns sehr wenig; wir dächten aber: wenn der Kladderadatsch-Cato kein Jastrachts-Cato ist, sondern ein wirklicher Zuger-Spähle, dann rufe er doch einmal nach dem Staatsanwalt, daß dieser in der Kalketenliste nach gewissen auf den Welfensfund und andere Gründungen bezüglichen Papieren suche, sowie nach gefälschten Depeschen und ähnlichen schönen Dingen. —

Ein Frauenkongreß ist hier in Berlin zusammengetreten zum Zwecke der Bildung eines Verbandes der gemeinnützigen Frauenvereine Deutschlands. Uns interessiert hauptsächlich, daß der Kongreß es für ratsam gehalten hat, aus diesem „gemeinnütziger Frauenvereine“ die sozialdemokratischen Frauenvereine auszuschließen. Man wolle die Sozialdemokratie keineswegs aus Heberlegenheit oder Hochmuth ausschließen, sondern einmal aus Klugheit, um die übrigen Elemente nicht abzuschrecken, dann aber auch, weil man die Politik aus den Kreisen des Bundes fern halten wolle.

Na, da wollen wir den Verehrerinnen dieses neuesten Damensports, mit der Gemeinnützigkeit zu spielen, viel Vergnügen und ungetrübte Ruhe wünschen. —

Bei diesen Worten näherte er sich der Thüre, um das Gemach zu verlassen. Gerhard jedoch, von der Nothwendigkeit des Augenblicks bebrängt, wollte ihn aufhalten, und gab von seiner Störigkeit vieles nach, indem er ihm sagte: „Es war nicht so übel gemeint, Ben David. Du solltest aber auch einen ehrlichen Mann nicht so lang auf die Folter legen.“

„Alle Ehrfurcht vor Eurer Ehrlichkeit!“ erwiderte der Jude: „aber Euer Benehmen macht mich nicht lästern auf ihre nähere Bekanntschaft.“

So laß doch mit Dir reden!“ fuhr Gerhard fort, ihn zurückhaltend. „Ich will mit Dir handeln, wie ich es mit einem braven Christen thun würde, und mit einem ebenbürtigen Manne, während Du doch keiner von beiden bist. Ich verschreibe Dir Zins und Rückzahlung bis zum Sonntag Latäre kommenden Jahres mit meinem Namen und Wappen; und mit der Klausel, daß, wofern ich Dir bis dahin nicht gerecht werden könnte, ich mein Einlager mit zwei Knechten und drei Pferden hier im Nebstod halten will, bis Du besriedigt bist.“

„Gut!“ bei meinem Bart! was mühet Ihr mir zu?“ fragte Ben David. „Da sähen zwei im Unglück stalt des einen. Ich, weil Ihr mir meine Schuld nicht bezahlt, — der Wirth, weil Ihr Euer Einlager nicht bezahlt. Nein; bin ich gleich ein Jude, will ich doch nicht einen braven Christen, wie diesen Nebstodwirth, in Schaden bringen. Ich sehe schon, Ihr würdet mir noch anbieten Eure Hausfrau als Pfand, wenn Ihr nicht unbeweibt wäret. Gott beschütze!“

„Jetzt hast Du Zeit zu gehen, verdammter Spötter?“ tobte der Junker, und erwischte sein großes Federtuch, das er drohend gegen den Juden schwang: „Hinaus! oder ich lege Dir den Solinger so um die Ohren, daß Du vielleicht nachher keine Spur von ihnen findest!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Brotpreise in Berlin werden auf Grund der bis zum Schluß des Jahres 1893 vorliegenden Statistik im neuesten Heft der Conrad'schen Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik durch Herrn Dr. G. Hirschberg vom Statistischen Amt der Stadt Berlin besprochen.

Danach hat in den letzten Jahren der Preis des Roggenbrotes im Vergleich mit den Preisen für Wehl und Korn im Großhandel folgende Bewegung durchgemacht:

Preis für 100 kg in Mark.

	Roggenbrot	Roggenmehl	Roggen
1890	27,18	23,45	17,00
1891	31,96	29,05	21,12
1892	29,52	25,97	17,90
1893	21,89	17,00	15,87

Die Preise sind demnach im Jahre 1893 gegen das Vorjahr gefallen um 24 pCt. beim Roggen, um 26,2 pCt. beim Wehl und um 25,8 pCt. beim Brot. „Was dies“, bemerkt hierzu Dr. Hirschberg, „für die Berliner Haushaltung bedeutet, ist schon anzugehen worden. Eine auf Thatsachen beruhende Schätzung des Roggenbrotverkaufs ist weder für Berlin noch für andere Städte, die ähnliche Verhältnisse aufweisen, vorhanden. Wenn man, wie früher, 100 kg pro Kopf und 400 kg pro Haushaltung annimmt, so ergibt sich für das Jahr 1893 eine Minderausgabe von 7,69 Mark pro Kopf bzw. 30,52 M. pro Haushaltung gegen 1892, und von 9,77 M. pro Kopf und 38,08 M. pro Haushaltung gegen 1891. Der Preisverlauf des Brotes im Vergleich zum Korn weist die schon früher beobachtete Gleichmäßigkeit auf. Die Maxima der Kornpreise im Mai und Juni führten zu Maxima der Brotpreise im Juni und Juli, und die dann abfallende Bewegung jener machte auch diese mit. Eine vollkommene Parallellität der Kurven ist nicht möglich, weil auch andere Faktoren, wie Ernte, Miethen, die Ergebigkeit des Wehls und des Korns auf den Preis einwirken.“

Das günstige Ergebnis dieser Ziffern erfährt aber eine bedenkliche Abschwächung, sobald man die Vergleichsreihe weiter zurück ausdehnt. So giebt über den Preis des Brotes und das Gewicht des Fünftziffernbrotes in Berlin während der letzten acht Jahre die nachstehende Tabelle Auskunft:

	Roggenbrotpreis für 100 Kilogr.	Gewicht des Roggenbrotes für 50 Pf.
1886	20,80 M.	2,40 Kilogr.
1887	20,65	2,42
1888	21,22	2,38
1889	24,72	2,02
1890	27,18	1,84
1891	31,66	1,58
1892	29,52	1,70
1893	21,89	2,28

Demnach sind die Preise 1893 doch noch nicht wieder auf den Stand von 1886 und 1887 gesunken, obgleich sie gegen die Vorjahre bis 1892 eine erhebliche Besserung aufweisen. Jedemfalls widerlegt diese Statistik schlagend die Behauptung der schützjüdischen Agrarier, daß die Brotpresse unverändert blieben, gleichviel ob sich der Roggenpreis ermäßigt oder nicht. —

Der niederbayerische Bauernbund macht eine ähnliche Entwicklung durch, wie die antisemitische Bewegung: er wird immer radikalere, kehrt entschieden den Parteien, von denen er sich losgelöst hat, den Rücken. Bisher hatte der ehemals zum Zentrum gehörige Dr. Raginger die Führung des Bauernbundes in Händen. Der hat aber neuerdings wieder eine Annäherung an die Zentrumspartei versucht. Jetzt bringt mit Schmerzen im Herzen die „Germania“ aus München folgende Mittheilung: „Der Niederbayerische Anzeiger“, das Organ der niederbayerischen Bauernbundes-Gründer Dr. Gaeß und Wieland, bringt jetzt eine vollständige Lossagung von Dr. Raginger, dem bisherigen Führer der Bauernbund-Bewegung in Bayern. Damit scheint die Trennung im Bauernbund eine vollständige zu sein. Diese Entwicklung der Dinge kann nicht überraschen, denn unmöglich konnte Dr. Raginger mit ganz unrichtlichen, die Hege gegen den Ackerhandwerksmäßig betreibenden Elementen auf die Dauer zusammen arbeiten.“ Es wird also immer heller auch in den „antifolkloristischen Bauernschädeln“ Niederbayerns. —

Zur Unterdrückung der „Elfsch-Lothringischen Volks-Zeitung“ wird uns aus Mülhausen i. G. noch mitgeteilt, daß die regierungsfreundliche „Neue Mülhauser Zeitung“ über die verstedten Gründe zu dieser Maßregel folgendes aus der Schule plaudert:

„Wie wir ganz bestimmt wissen: jener Artikel war nur der letzte Tropfen in ein Gefäß, das durch die ganze Haltung der „Elfsch-Lothr. Volks-Ztg.“ während vier Jahren längst voll gemacht war.“

Das Mülhauser Reptil bestätigt damit nur die überall in der unabhängigen Presse ausgesprochene Ansicht, daß man die zur Bekämpfung der Protestbewegung geschmiedete Diktatur jetzt zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verwenden will. Der „Protest“, der von der frontirenden französischen Bourgeoisie der Reichsländer getragen wurde, erscheint der deutschen Regierung also nicht so gefährlich wie die reichsländische Sozialdemokratie, die sich eins weis mit ihren alldutschen Genossen in allen Bestrebungen, weil die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die den künftigen Nationalitätenhaß überwinden hat. —

Die Blamage ist fertig — der schweizerisch-ständerath hat das Anarchisten-Gesetz einstimmig angenommen. Alle Freunde der Gdgenossenschaft werden dies bedauern; und die einzigen, die sich zu freuen Ursache haben, sind die internationalen Polizisten und Anarchisten. Namentlich letztere, die eine Reklame sehr gut brauchen können. Denn weiter ist jenes Gesetz nichts. —

Die Anarchistenjagd in Frankreich fördert immer erkranktere Resultate zu Tage: die seidenen Hemden, wohlorganisirte Bettel- und Diebesgesellschaften, zärtliche Korrespondenzen mit vornehmen Herren und Damen, und — besonders intime Beziehungen der Anarchisten zu den „Panamisten“. Letzteres wundert uns nicht. Die Anarchisten und Panamisten sind Früchte desselben Giftbaums und der einzige Unterschied, der zwischen beiden besteht, ist der zwischen den großen und kleinen Spitzbuben — die sonst allerdings einander nicht grün zu sein pflegen.

Als Kuriosum sei nachstehendes Telegramm abgedruckt, das uns soeben zugeht:

Paris, 29. März. Die Polizei hat in der Wohnung des vor einigen Tagen verhafteten Anarchisten Gabaro zwei Koffer vorgefunden, über deren Inhalt bis jetzt noch nichts bekannt geworden ist.

Zwei Koffer, über deren Inhalt nichts bekannt, ein Schrecknis der Bourgeoisie und ein europäisches Ereignis, das der Telegraph in alle Welt hinausposaunt! Daß der Feudalismus des Kapitals, dessen Thronbesteigung Camille Desmoulins vor 100 Jahren prophetisch voraus sagte, in seinem Greisenalter so feig und so kindisch sein, überhaupt so tief sinke n würde, das hat der wichtige „Advokat der Loterie“ sicherlich nicht geahnt. —

besitzen die aufgeführten Zahlen der versicherten Personen keinen exakt statistischen Werth. Die jährliche Ermittlung, wie sie für die gewerblichen Berufsgenossenschaften jetzt vorgenommen wird, reicht dazu nicht aus. Der Begriff der versicherten Person ist nicht einheitlich festgestellt und hat in den einzelnen Betrieben und Berufsgenossenschaften ganz verschiedene Bedeutungen. Es giebt, sagt Lange, ganze Industrien, bei denen der Betrieb jährlich regelmäßige Unterbrechungen erleidet, oder überhaupt nur an eine bestimmte Saison geknüpft ist (Zucker- und Stärkefabrikation, Baugewerbe, Brennerei u. s. w.). Giebt eine Zuckerfabrik an, daß sie 300 Arbeiter beschäftige, so bezieht sich diese Angabe nur auf die Wintermonate. Dieselben Arbeiter treten dann im Sommer als Torfstecher, Bauarbeiter, landwirtschaftliche Tagelöhner, Biegler u. dgl. zum zweiten Male auf, es erscheinen also ganze Arbeitergruppen in der Aufstellung der Versicherten doppelt. Der Versuch, den Begriff des versicherten Arbeiters ganz bestimmt zu definieren und alle Angaben aus den einzelnen Betrieben durch Rechnung auf diese Einheit zurückzuführen, indem man den Begriff „Vollarbeiter“ (1 Vollarbeiter gleich 300.10 gleich 8000 Arbeitsstunden) einführt, ist gescheitert. Denn solche Feststellungen lassen sich nicht bei allen Berufsgenossenschaften durchführen.

Während bis zum Jahre 1891 bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die Zahl der Versicherten schlanke Weg der 1892er Berufsstatistik entnommen wurde, sind von 1891 ab die Volkszählungsergebnisse vom 1. Dezember 1890 und anderes Zahlenmaterial benützt worden. Trotzdem die Zahlen durchaus nicht unbedingt genau sind, nähern sie sich nun der Wirklichkeit doch weit mehr als die Angaben der Vorjahre. Von 1890 bis 1891 ist die Gesamtzahl der in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Versicherten um über 50 Prozent gestiegen. Für 1892 ist die alte Ziffer beibehalten worden; man hat unbedenken die Zahl des Vorjahres mit übernommen.

Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Unternehmer, die sich selbst versichern haben, in großem Maße. In den gewerblichen Berufsgenossenschaften waren 1888: 2909, 1889: 18 656, 1890: 33 678, 1891: 51 881, 1892: 55 878 Unternehmer versichert. Die Ursache für diese Erscheinung ist lokal. Es handelt sich in erster Reihe um die Baugewerks-Berufsgenossenschaften. Im Jahre 1891 entfielen auf 6 Baugewerks-Berufsgenossenschaften über 47 000, 1892 auf 7 Baugewerks-Berufsgenossenschaften 40 248 versicherte Unternehmer.

Es wurden Unfallsanzeigen erstattet

	1890	1891	1892
bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften für	149 188	162 764	165 003
bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für	32 186	42 296	50 126
bei den Ausführungsbehörden für	17 432	19 087	19 587
bei den Versicherungs-Anstalten der 12 Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Eisen-Gesellschaft für	1 295	1 280	1 539
zusammen	200 001	225 327	234 235

Diese Zahlen, die durch die Presse weitest Verbreitung finden, haben nicht den geringsten statistischen Werth. Wenn wir sie verzeichnen, so geschieht dies der Vollständigkeit wegen. Sachlich sind sie, wie Lange gezeigt hat, bedeutungslos. Nach den Unfallsicherungs-Verträgen sind die Betriebsunternehmer verpflichtet, jeden Unfall, durch den eine in dem versicherten Betriebe thätige Person getödtet oder so verletzt wird, daß sie mehr als drei Tage arbeitsunfähig ist oder infolge der Verletzung stirbt, bei der Orts-Polizeibehörde anzuzeigen. Bei Unfällen in landwirtschaftlichen Betrieben reicht die mündliche Anzeige aus. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben nun in ihren Satzungen bestimmt, daß ihnen von den Betriebsunternehmern Abschriften dieser Anzeigen zuzustellen seien. So gelangen denn bei den Berufsgenossenschaften viel mehr Unfälle zur Anzeige, als zur Entschädigung kommen, aber doch keineswegs die Zahl, die bei genauer Einhaltung der gesetzlichen und satzungsmäßigen angezeigten Unfälle bei den Orts-polizeibehörden gemeldet und noch weniger den Berufsgenossenschaften von allen gemachten Anzeigen Abschriften eingeschickt.

Rappe und Britche leihen. Ich habe keine Kleinodien, nichts von Werth, als meinen Gaul, und von ihm trenne ich mich um keinen Preis.“

„Das glaube ich!“ versetzte Ben David: „Das ist ein Pferd! Gott! ich habe Euch gestern reiten sehen, als der heilige Martin in der Prozession. Ihr wart so stätlich, und das Pferd so gepuzt und so blank; . . . nein! einen solchen Gaul giebt man nicht her!“

„Wie soll ich aber aus dem verdammten Worms kommen?“ rief der Junker: „Willst Du die Bürgschaft der Herren von Eppstein, von Hornberg und von Hergenhorn?“

„Was soll mir die Bürgschaft von diesen Herren?“ fragte Ben David: „Sie sitzen mir zu hoch, und haben mich selbst schon zu oft gepfändet, als daß ihr Wort mir ein gültig Pfand sein könnte. Ja, — wenn es der edle Herr von Dalberg wäre, der wackere Kämmerer von Worms, unjers Glaubens Beschützer; . . . oder nur der Meister Trantwein, . . . aber . . .“ sagte er lächelnd hinzu! „Der Erste kennt Euch nicht, und der Zweite ist zu klug, um jemals sich zu verbürgen.“

„Arenz und Dorn!“ fuhr Gerhard auf: „Mach mich nicht wild, elender Hundsjude. Ich will Dich lehren, mein adelich Wort zu ehren. Zur Stelle wirst Du mir gehoramen! Einem Fürsten oder dem Krämermagistrat einer Reichstadt seid Ihr gleich zu Willen mit Geld und Gut. Aber einen modernen Edelmann laßt Ihr verderben.“

Der Jude zuckte die Achseln. „Fordert die Stadt unser Geld.“ sprach er kalt: „so gehl's mit Stürmen los auf unsere Habe, und der Gewalt weichen wir. Der Kaiser giebt uns Schutz, und nennt uns seine Kammerknechte; und da wir zufrieden sind, wenn wir atmen dürfen, wenn gleich als Knechte, so geben wir gern dafür, was unser ist. Dem Einzelnen steht aber nicht die Befugniß zu, uns gewaltsam zu plündern, zum mindesten nicht in Worms, wo wir eines billigen Schutzes uns erfreuen.“

Der todt Kossuth erscheint der Dynastie Habsburg ebenso gefährlich, wie vor 45 Jahren der lebendige. Nächsten Sonntag soll er in der Hauptstadt Ungarns begraben werden, und da fürchtet die Regierung, es werde zu heftigen Massen-Rundgebeten, vielleicht zu einem gewaltigen Zusammenstoß kommen. Die Regierung könnte solche Belegnisse nicht hegen, wenn sie ein gutes Gewissen hätte.

Das neueste auf die „Kossuthkrise“ bezügliche Telegramm lautet:

Budapest, 29. März. Ein Theil der Ministerien, sowie das Corps-Kommando verfügen, daß weder Beamte, noch Offiziere sich an dem Leichenbegängnisse Kossuth's betheiligen dürfen. Da die Honvedoffiziere trotzdem dem Beschluß gefaßt haben, an dem Leichenbegängnisse sich zu betheiligen, so sollen am Tage desselben alle nichtaktiven Offiziere in der Honved-Infanterie konfiszirt werden.

Man muß der österreichisch-ungarischen Regierung das Zeugnis ausstellen, daß sie es sehr gut versteht, sich Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hat noch nicht begriffen, daß die Regierungen die festesten sind, die am wenigsten regieren. —

Belgien. Während der Ostertage ward in Brüssel die 110. Versammlung der Jahreskongress der belgischen Sozialisten abgehalten. Es waren 200 Delegirte anwesend. Zur Tagesordnung stand zunächst die Vollenbung des Parteiprogramms, und zwar des praktischen Theils. Mit 110 gegen 52 Stimmen, bei 37 Stimmenthaltungen, wurde die Errichtung der Republik als Parteiziel in das Programm aufgenommen. Ferner wurde beschlossen:

Forderung der gesetzlichen Einführung des imperativen Mandats für die Abgeordneten, mit Freiheit für den Wählerkörper, seine Erwählten zurückzurufen, direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Referendum, Ernennung der Bürgermeister durch das allgemeine Wahlrecht, Verstaatlichung des gesamten Schulwesens, unentgeltlicher Unterricht, Schulzwang und Lehrfreiheit, und eine Reihe von Erweiterungen des Programms, betreffend die Grund- und Bodenfrage, insbesondere Forderung eines Mindestlohnes für die Landarbeiter, einer Entschädigung für die Grundbesitzer, der Viehversicherung durch die Provinz und Rückversicherung durch den Staat, Jagdfreiheit, Ankauf von Sämereien und landwirtschaftlichen Maschinen durch die Gemeinden und endlich Umgestaltung des landwirtschaftlichen Kredits.

Die Frage der politischen Allianzen kam zur Besprechung und man entschied sich mit großer Majorität für ein Wahlbündniß mit den Radikalen, von denen Jules Leclercq sagte, daß sie die Sozialisten nicht überbieten könnten, da sie selbst auf dem Aussterbe-Stat stünden — wiewohl letzteres allerdings richtig. Die belgischen Radikalen sind aber von ihrer eigenen Klasse, der Bourgeoisie, verlassen. Daß sie „von der sozialistischen Partei verschluckt werden“, wie Ansele meint, ist richtig — für alle diejenigen, die nicht vorher in den Mutterchoß der Bourgeoisie zurückkehren.

Der nächstjährige Kongress wird in Antwerpen stattfinden und mit der Feier des zehnjährigen Bestandes der belgischen Sozialistenpartei verbunden werden. Die Partei verfolgt die Regierungskrise aufmerksam und wird, falls die reaktionäre Kammermajorität das Wahlrecht zu fälschen und die Wahl hinaus zu schieben versucht, mit allem Nachdruck in den politischen Kampf eintreten.

Am Sonntag wurden in Löwen die Gewerberathe gewählt. Die Sozialisten siegten mit einer Zweidrittelmehrheit über die vereinigten Gegner. Und Löwen ist eine Stadt, in welcher bisher die Kerisalen obenauf waren. —

Soldatenguäleri in Italien. Der Militarismus zeigt überall die nämlichen Auswüchse, mag der leitende Diktator nun Caprioli oder Crispien heißen. Was jetzt der „Frankfurter Zeitung“ aus Padua berichtet wird, übersteigt indes doch an Schenlichkeit alles, was uns früher bekannt geworden ist. Wilde Indianer, die ihren Feind an den Marterpfahl binden, sind menschlicher als diese Offiziere und Unteroffiziere, die ihre Machtvollkommenheit als Vorgesetzte ausnützen, um ihre Untergebenen zu Tode zu soltern. In dem Bericht heißt es:

Der Meirat Evangelista beim dortigen Kavallerie-regiment fühlte sich am 20. d. M. krank. Seine Vorgesetzten glaubten, die Krankmeldung dem Bestreben, sich den Meit-übungen entziehen zu wollen, zuschreiben zu müssen, und zwangen ihn aufs Pferd. Drei Mal fiel der Unglückliche wie ein Sack vom Pferde. Beim letzten Male schrie er: „Liebe Mutter, hilf mir, ich sterbe!“ Aus den Fenstern der an den Hof der Meitkule stehenden Häuser beobachteten zahlreiche Personen den Vorgang, was die Unteroffiziere veranlaßte, den Meiraten in den gedekten Theil der Meitkule zu stoßen. Hier blieb der Arme auf einem Mauersockel liegen. Am nächsten Tage wiederholte sich das Ganze in noch ärgerer Weise. Ein Fourier zwang den Meiraten Evangelista, das Pferd zu besteigen. Er war schon zwei Mal abgestürzt, als zwei hinzukommende Offiziere ihm zur Strafe die Hände binden ließen. In diesem Zustande war der Mann aber erst recht nicht im Stande, sich zu halten, sondern schwankte nach rechts und links auf dem Pferde. Dadurch wüthend gemacht, schlug einer der Offiziere ihn mit der Meitpeitsche über den Kopf und Schultern, bis nach einigen, unter fernwärtigen Hieben fortgeführten Anrücken der Mann wiederum, dies Mal zum letzten Male, vom Pferde stürzte. „Mutter, liebe Mutter, hilf mir!“ rief er noch, dann blieb er regungslos liegen. Und nun sollte das Schrecklichste geschehen. Die Offiziere, noch immer überzeugt, es mit Verstellung zu thun zu haben, schlugen weiter mit der Meitpeitsche auf ihn los und kommandirten einige Soldaten, ihn aufs neue aufs Pferd zu setzen. Das war nun allerdings unmöglich. Der Mann lag im Sterben. Der Fourier Antonio Nalati ließ darauf, um Hilfe zu holen, ins Johannisbierbureau und leitete mit den beiden Johannisbierbierbureau Condiani und Diobatti zurück. Auf deren Frage, was geschehen sei, soll, nach der „Gazzetta“ von Venedig, einer der beiden Offiziere geantwortet haben: „Oh, der Lazarone und Paullinger will nicht arbeiten. Ich werd' es ihm aber schon beibringen!“ Er ließ ein Pferd in die Nähe führen und durch einige Soldaten es fesseln, in der Hoffnung, daß die Angst vor den Hufschritten den Gefährtesten wieder auf die Beine bringen werde. Als aber selbst mehrere Hufschritte auf den Körper des Armen wirkungslos blieben, ließen die Offiziere 8 Kadel kalten Wassers über ihn ausgießen. Alles Leben und Zammern des Gewarnterten konnte seine Peiniger nicht bewegen, von ihm abzulassen. Zuletzt ließen sie ihn mit einem starken Strick unter den Armen binden und durch den Soldaten Quadagnin und den Fourier wiederholt in die Höhe ziehen und wieder niedersinken. Der so mit allen Regeln der Kunst Gejollerte jammerte in herzzerreißender Weise: „Herr Meiraten, ich bin schon todt, lassen Sie mich doch, ich sterbe ja schon!“ Hier erst nach zwei Stunden, als der Gefährteste kaum noch ein Lebenszeichen von sich gab, ließen die Offiziere von ihm ab. Zwei Mann packten ihn auf ihr Geheiß bei den Füßen und schleppten ihn über den Hof, so daß sein Kopf auf das Steinpflaster aufschlug. Eine Frau aus der Nachbarschaft, die

sich erböt, ein Kissen zu holen, wurde barsch zurückgewiesen, und dem Sterbenden ein Wasserkrug unter den Kopf geschoben. Nach weiteren zwei Stunden traf der Regimentsarzt ein. Seine Hilfe war aber umsonst. Um 1 Uhr in derselben Nacht starb der Meirat. Die Mailänder „Italia del Popolo“ erzählt, daß der Depuirtete Zabeo bereits über diesen Vorfall eine Interpellation an das Ministerium gerichtet habe.

Nach allen Erfahrungen wird sich die Sache nun weiter so abspielen: Der Kriegsminister erklärt, ihm thue der Tod des Kavalleristen unendlich leid; er müsse aber erst nähere Informationen einziehen; die Untersuchung sei bereits eingeleitet. Offiziös wird dann nach einiger Zeit berichtet, die Geschichte vom Tode des Kavalleristen Evangelista sei gewaltig aufgeschaukelt worden. Alle Zeugen, Offiziere, Unteroffiziere und Gemeine hätten ausgesagt, daß von Mißhandlungen eigentlich keine Rede sein könne, höchstens von kräftigen Ermahnungen. Auf die Aussagen böswilliger Jbidialisten sei nichts zu geben. Der Tod des Evangelista sei nicht den Vorgängen auf dem Kasernenhofe zuzuschreiben. Die ärztliche Untersuchung habe Symptome eines schweren inneren Leidens bei ihm nachgewiesen. Andererseits sei der Evangelista seinen Vorgesetzten längst als ein abgefeimter Simulant und Dreckberger bekannt, so daß einem solchen verkommenen Menschen gegenüber ein schneidendes Vorgehen der Vorgesetzten vollkommen gerechtfertigt erscheinen müsse, selbst wenn er bei jener Gelegenheit ausnahmsweise einmal nicht simulirt haben sollte. Auf Grund dieser „thatsächlichen Feststellungen“ wird dann gegen die Meitpeitsche, die den anfänglichen Darstellungen über das Geschehense bei Evangelista Verbreitung verschafft haben, strafrechtlich vorgegangen. Sie werden zu längerer Gefängnisstrafe verurtheilt. Die schändlich verkommenen Offiziere aber erhalten als Pfaster auf die Wunden, die ihrem so sehr empfindlichen Ehrgefühl geschlagen wurden, den blauen Geierorden V. Klasse.

Das ist nämlich so der Brauch in Italien. —

Der Anschuß der spanischen Sozialisten hat an alle Arbeiter Spaniens einen Aufruf erlassen, der zu allgemeiner Feier des ersten Mai, wozüglich durch Arbeitsruhe, mahnt und vor allen Konflikten mit den Behörden und namentlich vor Dynamit-Experimenten warnt. —

Bulgarisch-serbischer Grenzkonflikt. Vor einiger Zeit hatten sich serbische Grenzsoldaten Uebergriffe gegen bulgarische Bauern erlaubt, die lebhaft an ähnliche Vorkommnisse an der deutsch-russischen Grenze erinnern, wo auch von Zeit zu Zeit die Grenzlosaka ihr Mäthchen an deutschen Unterthanen fühlten. Aus Sofia wird jetzt gemeldet: Wegen des serbisch-bulgarischen Konflikts fordert die bulgarische Regierung Genußthuung von Serbien. Sie verlangt Absetzung des Zollbeamten, welcher die Verfolgung der bulgarischen Bauern angeordnet, ferner Geldentschädigung für die Verwundeten und Bestrafung der betheiligten Grenz-wächter.

Gegen den „Erbfeind im Osten“ pflegte die preussische Regierung niemals so harte Zumuthungen zu stellen wie die bulgarische gegen den serbischen Nachbar, wenn einmal wieder so eine kleine Kosakenauschreitung bekannt geworden war. —

Aus Afrika wird endlich einmal eine sogenannte „gute Nachricht“ gemeldet. Es soll gelungen sein, in Kamerun einen Tabak zu bauen, der den Sumatra übertrifft und nur dem besten Havanna nahestehe, dafür aber „milder“ sei. Nun — wir erinnern uns zwar noch des Teufelskrauts, das vor Jahren als Kamerun-Tabak nach Deutschland gebracht ward. Indeß — vielleicht ist es wirklich gelungen, eine gute Qualität Tabak zu erzielen. Doch was ist damit gewonnen? In England ziehen die Kunstgärtner Trauben, die besser sein sollen als Rheintrauben und nur einen Nachtheil haben, hundertmal so viel zu kosten. Wie viel hundert Mark kommt jede Kamerun-Zigarre dem deutschen Volke zu stehen? —

Vierter Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Wien.

Wien, 27. März.

Dritter Verhandlungstag. Abend-sitzung. Fortsetzung der Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung. Aus Nachrichten, die gegen Abend aus Jungbunzlau eingingen, ist zu schließen, daß der Prager Behörde ein Irthum in sofern unterlaufen ist, als sie glaubte, in der aufeinandergeprengten Omladina die Prager (National-) Omladina vor sich zu haben.

Die Diskussion bewegt sich in demselben Rahmen wie in der vorausgegangenen Nachmittags-sitzung, indem die Redner in der Regel nur kurz ihre Stellung zum Massenstreik präzisiren. Als letzter Redner erhält, vom lebhaften Beifall begrüßt, der Reichsraths-Abgeordnete Berner der das Wort: Es ist das erste Mal, daß ich auf einem Ihrer Parteitage das Wort nehme. Nicht um mich in die vorliegende Streitfrage einzumischen, oder um Ihnen einen Rath zu geben, habe ich um das Wort gebeten; andere Dinge haben mich dazu veranlaßt. Es erscheint mir gekoren, auf die Situation, wie sie sich im Parlament herausgebildet hat, hinzuweisen, weil das für die Beurtheilung der gesammten politischen Lage von Wichtigkeit ist. Als der Kampf um das Wahlrecht begann, dachte auch von Ihnen niemand daran, daß derselbe ein nur kurzer werden würde. Man will es mir aber scheinen, als ob, nachdem der erste Angriff abgeschlagen ist, eine Art von Zustimmung durch die Reihen der Kampfer acht. Dazu ist aber nicht der geringste Grund vorhanden. Sehen Sie sich doch einmal die sogenannten „großen“ Parteien an. Es befindet sich in ihren Reihen Leute genug, die noch vor Jahresfrist für das allgemeine Wahlrecht eintraten, weil sie glaubten, noch 20 Jahre vor ihm sicher zu sein. Aber während Graf Taaffe nur einisch weiter vorstieß, nahmen die Windischgrätz und Genossen die Pose von Staatsmännern an und sprachen von Offenheit und Wahrheit. Doch schon heute mehren sich die Anzeichen dafür, daß dieses Ministerium nicht nur über die Wahlrechtfrage, sondern über jede andere große Frage kolpiren wird. Es kann keine Besche von irgend welcher Bedeutung machen, sondern es muß einfach dort, wo es ist, sitzen bleiben. Wenn aber in der Wahlrechtfrage so wie bisher von den organisirten Arbeitern weiter agirt wird, wenn der tiefe Zug der Unzufriedenheit, der heute die einzige Hoffnung für die politische Weiterentwicklung unseres Vaterlandes ist, in immer weitere Kreise getragen wird — und das ist bei den Zuständen, wie sie bei uns herrschen, nicht schwer — dann wird die Lebensdauer des Koalitionministeriums nur eine kurze sein. Beschließen Sie, was Sie für richtig halten, daß ist Ihre Angelegenheit, aber lassen Sie niemals die Hoffnung sinken. Sie haben in den letzten Jahren Dinge geleistet,

die für immer in der Geschichte Oesterreichs verzeichnet stehen werden, allerdings in einer Geschichte, die von anderen Geschichtsschreibern als der heutigen geschrieben werden wird. Sie haben Ihre Erfolge nur dadurch erreicht, daß Sie Ihre Kräfte mit jähester Energie auf einen Punkt konzentrirten und das ist im Bande der Schlamperei etwas Unerhörtes. Daher ist aber auch der Pessimismus, der hier gelegentlich zum Ausdruck gebracht wurde, schlecht am Plage. Aber auch dieser Pessimismus ehrt die Arbeiter. Er beweist, daß Sie, ehe Sie zur Aktion schreiten, Ihre Kräfte kritisch abwägen wollen. Für uns, die wir als Einzelne den Kampf im Parlament führen, für uns Wenige, die es mit dem allgemeinen Wahlrecht ernst nehmen, ist die Arbeiterpartei der einzige Trost. Sie sind eine Kulturpartei, oder um es richtiger zu sagen: Sie sind die Kulturpartei. Ihre Aufgabe ist es, Raum zu schaffen in der verpesteten Atmosphäre des heutigen Parlamentes, damit kräftige Männer hineinkommen, die uns die Last des Kampfes tragen helfen. Sie haben eine Kultur Aufgabe zu erfüllen größer als sonst irgendwo. Die Bourgeoisie in Deutschland, in England u. s. w. mag tief stehen, so tief wie bei uns steht sie nirgends. Alles, was Großes und Edles jemals gedacht und erstrebt wurde, hat in dem Programm und den Bestrebungen der Arbeiter eine Stätte gefunden. Beharren Sie daher in Ihrem Kampfe, darum bitte ich Sie, ebenso wader und tüchtig wie bisher, führen Sie diesen Kampf mit derselben Fähigkeit, mit derselben Entschiedenheit weiter wie bisher und ich werde der letzte sein, Sie an dem Tage, der zur endgültigen Abrechnung bestimmt ist, zurückzuhalten. (Stürmischer Beifall.)

Wien, 28. März.

Vierter Verhandlungstag.

Fortsetzung der Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung. Die Redner beschränken sich, mit wenigen Ausnahmen, auch heute darauf, kurz die Stellung ihrer Mandatgeber zum Massenstreik darzulegen. Gegen Mittag war, nachdem außer dem Referenten 108 Redner gesprochen hatten, die Rednerliste erschöpft. Nunmehr erhielt zur Abgabe einer Erklärung das Wort Genosse

Bebel: Es ist verschiedentlich der Wunsch geäußert worden, daß auch wir zur Vorlage Stellung nehmen möchten. Wir haben dies abgelehnt. Es versteht sich von selbst, daß Sie bei Erlämpfung des Zieles, das Sie sich gestellt haben, der vollen Sympathie und Unterstützung der deutschen Genossen sicher sind. Nachdem die französischen, englischen und deutschen Arbeiter das allgemeine Wahlrecht ganz oder theilweise, seit längerer oder kürzerer Zeit besitzen, nachdem auch die belgische Regierung genöthigt war, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen, ist es nur eine Frage der Zeit, daß auch die österreichischen Arbeiter das allgemeine Wahlrecht erhalten. Wir unterstützen Sie aber nicht nur aus Sympathie, sondern auch aus eigenem Interesse. Denn obgleich wir in Deutschland das allgemeine Wahlrecht seit 25 Jahren besitzen, sind bei uns doch sehr viele Leute vorhanden, die es uns bei jeder Gelegenheit nehmen möchten. Aber wir haben die feste Ueberzeugung, daß jeder Versuch unserer Gegner, uns das allgemeine Wahlrecht wider zu rauben, von dem Tage an unmöglich wird, an dem auch die österreichischen Arbeiter es besitzen. Bei Auswahl der Mittel, die zur Erlämpfung des allgemeinen Wahlrechtes angewendet werden müssen, ist der Widerstand der Gegner, sind die besonderen ökonomischen Verhältnisse der betreffenden Länder und noch eine Reihe weiterer Momente zu berücksichtigen. Für den Unkundigen, für den mit allen in betracht kommenden Verhältnissen nicht genügend Vertrauten, ist es da außerordentlich schwer mitzureden. Es war durchaus kein Kompliment, als ich bei Eröffnung des Kongresses im Namen meiner Mitdelegirten Singer und Gerisch erklärte, daß wir hierher gekommen sind, um zu lernen. Obgleich ich die österreichische Arbeiterbewegung seit Jahren sehr genau verfolgte, habe ich doch aus den hier gepflogenen Debatten noch viel gelernt. Sie führen einen harten Kampf, daher ist denn auch die Abwägung der eigenen Kräfte sehr notwendig. Es giebt Momente, wo der Sturm das einzig rechte Mittel ist, und es giebt Momente, wo der Sturm mit der eigenen Vernichtung gleichbedeutend ist. Aber Sie sind Männer, und wie ich gleich hinzufragen will, auch Frauen, die genau wissen, was sie wollen. Sie haben ein großes Ziel vor Augen und die Kampfesfreudigkeit, die in den Verhandlungen zum Ausdruck kam, hat Zeugniß abgelegt von dem Geiste, der Ihre Reihen besetzt. Wir werden den Parteitag mit der Ueberzeugung verlassen, daß Ihr das Ziel, das Ihr Euch gestellt habt, auch erreichen werdet. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Ellenbogen erhält nunmehr das Schlusswort und weist in demselben kurz die verschiedenen Angriffe zurück, die in der Debatte gegen die Ausführungen seines Einleitungs-Referats gemacht worden waren.

Schluss der Vormittags-sitzung. In der Nachmittags-sitzung beginnt, nachdem noch eine Reihe von Antragstellern ihre Anträge im speziellen begründet haben, die Abstimmung.

Da in gegnerischen Blättern vielfach behauptet wurde, es herrsche auf dem Parteitag über den Massenstreik die größte Uneinigkeit, wird auf Antrag zunächst darüber abgestimmt, ob der Massenstreik überhaupt zur Anwendung gelangen soll oder nicht. Die Abstimmung ergibt mit allen gegen eine Stimme die Annahme des Massenstreiks. Von den vorliegenden Resolutionen erhält diejenige des Genossen Adler, die wir gestern mitgetheilt haben, die meisten Stimmen: 68 gegen 42.

In der Schlussabstimmung wird die Adler'sche Resolution in Verbindung mit folgendem Zusatzantrage (Schuhmeier und Genossen) mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

Unabhängig vom Kampfe um das Wahlrecht ist der Kampf für den Achtstundentag zu führen und ist zu diesem Zwecke in erster Linie alle Anstrengung zunächst auf jenen Punkt zu vereinigen, wo er am besten zu erreichen ist. Der Parteitag erklärt, daß sobald die organisirte Bergarbeiterschaft den Zeitpunkt gekommen erachtet, in den Kampf für die Achtstundentag zu treten, die gesammte Klassenbewusste Arbeiterchaft Oesterreichs deren Kampf mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird.

Die Parteivertretung ist verpflichtet, diesen Beschluß durchzuführen.

Angenommen wurde ferner folgender Antrag: Sollte vor Zusammentritt des nächsten ordentlichen Parteitages eine Wahlreform besch werden, so ist die Parteivertretung verpflichtet, sofort einen Parteitag einzuberufen.

Alle weiteren Anträge, darunter auch der von Silberberg und Genossen gestellte gleichzeitig mit dem Massenstreik auch die Verweigerung des Wohnungszinses bis zur Beendigung des Streiks statthaben zu lassen, wurden abgelehnt.

Den Rest der Nachmittags-sitzung füllen Debatten über Punkt 2 der Tagesordnung (Organisation) aus.

Betreffs der Zusammenfassung des Parteitages theilen wir noch mit, daß sich die Delegirten nach den Kronländern (Provinzen) folgendermaßen gruppirten: Böhmen 37, Mähren 19, Schlesien 4, Galizien 4, Niederösterreich 19, Oberösterreich 4, Tirol 4, Steiermark 5, Krain 1, Salzburg 1, Triest 2, Kärnten 2, Wien 31. Die czechoslawische Organisation entsendet 26 Genossen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Stille (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

L. Straußner. Es kommt auf die Ankündigung der Zeugen an. Wenn diese sagen, daß Sie das Geld geschenkt haben, so werden Sie den Prozeß verlieren.
H. S. 100. Romanen stehe in die Sprechstunde.
H. S. 13. Ja.

Für den Inhalt der Anzeiger über
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 30. März.
Opernhaus. Die Medici.
Schauspielhaus. Der Spieler.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Ein Tropfen Gift.
Festung-Theater. Madame Sans-Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Vize-Admiral.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Neues Theater. Ein Volkseind.
Central-Theater. Ein gesunder Junge.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die schöne Melusine.
Alexanderplatz-Theater. Berlin wie's lebt und liebt.
National-Theater. Das Damenbad. Hieraus: Heinrich Heine.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater.
Dresdener-Straße 55.
Heute:
Lumpensusanne

Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Winkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin", ein schon geprägtes Mädchen
Franziska Häser.
Die Bombe, Kistervermieterin im Winkel des "Sonnenaufgangs"
Josephine Dolclisseur.
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit
Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des
besten Bandredners d. Zeitzeit
H. Blank.
Ferner u. o.:
„Direktor Hippe“
von Martin Bendix,
sowie Eugen Jocher, Sächsischer Original-Humorist, Alfred Bender.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Heute:
Gastspiel des Herrn Carl Pander,
Heinrich Heine.
Zuspiel in 3 Akten von Melz.
Regie: Max Samst.
Vorher:
Das Damenbad.
Schwank in 3 Aufzügen von Fr. Schäfer
Regie: Fr. Schäfer.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Gastspiel des Herrn Carl Pander. Heinrich Heine. Vorher: Das Damenbad.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Kell. u. größt. Etablissem. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree
der österreichischen Damenkapelle „Dittl“
in kleinrussischen Nationalkostümen und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
1. Ranges.
Sonntag Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regalbahnen, 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.
O. Koch, fr. Gambirius.
Säle für Versammlungen und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

Central-Theater.

Alle Jakobstraße 80.
Freitag, den 30. März:
Zum 24. Male:
Novität! Novität!
Ein gesunder Junge.
Poffe mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jean Kren.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Ein gesunder Junge.

Adolph Ernst-Theater.

Heute:
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Brauerei,

Lützowstraße 111-112.
Jeden Freitag und Montag:
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf.
(siehe Plakate).
Zum Schluss:
Adele, die kalte Mamsell.
Bursche von Meysel.
Sonntag: Sanssouci.

Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg: 2691b
55. Bock-Saison.
Nur noch kurze Zeit!
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.

Passage-Panopticum.

Die **Glocke**
von Fr. v. Schiller.
Musik von Romberg.
Dargestellt in 15 lebend. Bildern.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftreten der Ballet-Gesellschaft **Columbia** (10 Damen), Balletmeisterin Rosa Fricke.
Auftreten der Elite-Parterre-Akrobaten u. Pantomimentruppe **Hernandez.**
Ein Ständchen beim Doktor.
Römische Pantomime.
The Willon's, Doppel-Jongleure.
Jois di Dios, Kostüm-Contrette.
G. Cordes, Gesangs-Humorist.
Anfang: Sonntag 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Nur noch wenige Tage.
Präuschers anat. Museum
täglich von früh 9 bis 10 Abends für erwachs. Herren. Dienstag u. Freitag
Damentag.
Schluß unwiderlich:
Sonntag, den 1. April.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Vornehmster Familien-Anhalt.
Zur Zeit der Messe:
Bummel-Fribe.
Poffe mit Gesang in 3 Bildern.
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pf.
Sonntag 30 Pf.
R. Winkler.
Gr. Vereinsz. zu verg. Simeonsstr. 23.

Unserem Freunde und Genossen
Theodor Meurer zu seinem heutigen
Wiegensfest die herzlichste Gratulation.
Seine Freunde aus Berlin 1.

Unseren Freunden und Genossen, den
Guhern
Gustav Gebauer u. Wilhelm Pasch,
zu ihrem heutigen Geburtstag die
herzlichsten Glückwünsche.
F. G. G. F.

Berwandten, Freunden und Bekannten
theile hierdurch die schmerzliche Nach-
richt mit, daß mein theurer, unvergeß-
licher Mann, unser lieber Sohn, Bruder
und Schwager,
2690b

Edmund Christian,
Buchdrucker,
nach langem, schwerem Leiden am
Dienstag, den 27. d. Mts., Vormittags
11 1/4 Uhr, verschieden ist. Um stillen
Beileid bittet im Namen der Hinter-
bliebenen die trauernde Wittwe
2680b
Helene Christian.
Berlin, 29. März 1894.
Die Beerdigung findet Sonntag, den
1. April, Vormittags 11 Uhr, von der
Leichenhalle des Alten Thomas-Fried-
hofes aus statt.

Gauverein Berl. Bildhauer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
am Dienstag, den 27. d. Mts., unser
ehemaliges Mitglied, der Modelleur
Georg Jaehn,
nach 21-jährigem, schwerem Leiden ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den
30. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Heiligen-Kreuz-
Kirchhofes (Mariendorf) aus statt.
Der Vorstand.

Orts-Frankenkasse

des 2695b
**Maurergewerbes
zu Berlin.**

Hiermit geben wir bekannt, daß das
von Amt wegen erlassene neue Klassen-
statut nunmehr der Kasse zugestellt
und in Kraft getreten ist. Die Druck-
exemplare sind — soweit dieselben nicht
verfaßt werden — im Kassenlokale in
Empfang zu nehmen. Die Herren
Arbeitgeber machen wir ganz besonders
auf die §§ 28 bis 33 aufmerksam.
Gleichzeitig zeigen wir an, daß der
Vorstand für das Jahr 1894 sich in
folgender Weise konstituiert hat:
1. Vorsitzender:
A. Daehne, Demminerstr. 66.
2. Vorsitzender:
A. Wirth, Fichtestr. 21.
1. Schriftführer:
A. Kelpin, Demminerstr. 54.
2. Schriftführer:
E. Simanowski, Adersstr. 101.
Vorstandsmitglieder:
A. G. Damms, Johanniterstr. 1.
A. Bieboldt, Mantuffelstr. 79.
W. Linke, Gräffstr. 18.
W. Buchholz, Guffenstr. 96.
C. Klaus, Streifenstr. 17.
J. Doll, Chausseestr. 2a.
A. Bommel, Grimmstr. 99.
G. Arndt, Landsberger Platz 1.
H. Walter, Dresdenerstr. 125.
Berlin, den 29. März 1894.
Der Vorstand.
A. Daehne. A. Kelpin.

Lüchler-Berein.

Sonnabend, den 31. März, Abends 9 Uhr
Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Tagesordnung:
Beschlusfassung über die diesjährige
Landpartie; Besprechung der Herren-
Zuspartie; Vereinsangelegenheiten.
833/16 Der Vorstand.

Castan's Panoptikum.

Neu!
Im 9. Kreise der Hölle:
Der Antich a. d. Kaffeemesser.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 30. März:
Abends 7 1/2 Uhr:
Nur auf zur frühlichen Jagd!
Parforce- u. Hasenrennen. Ballet von
100 Damen. Meute von 40 Hunden.
Außerdem: Der ostpreussische Hengst
Blond und Monstro-Tableau von
60 Pferden, vorgeführt vom Direktor
Fr. Renz. Das Schulpferd Cromwell
und der Steiger Alop, geritten von Fr.
Oceana Renz. Die grossen Tromplin-
sprünge über 10 Pferde. Die itarisch.
Spiele in der Luft, ausgeführt von
der Familie Dainoff. Mr. Lavater
Lee u. s. w.
Sonnabend: Auf auf zur frühlichen
Jagd!
Sonntag: 2 Vorstellungen, um 4
und um 7 1/2 Uhr.
Fr. Renz, Direktor.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Zahlstelle Berlin. 430/1
Am Freitag, den 30. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Schöning, Stallschreiberstr. 29:
Vorstands-Sitzung.
Moabit:
Am Sonntag, den 1. April, Vormittags 10 Uhr, in Ahrens'
Brauerei, Churmstraße Nr. 26:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Werkstatte von E. Gring. 2. Andere Werkstatte-
Angelegenheiten.
Die Zahlstelle Dreysstr. 3 befindet sich vom 1. April ab
Lübeckstr. 22 bei Suggo.

Norden:

Am Montag, den 2. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Holberger
Salon, Holbergerstraße Nr. 23:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Werkstatte- und Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung. 154/18

Achtung! Former. Achtung!

Zentralverein der Former, sowie aller in Eisen- und
Metallglessereien beschäftigten Arbeiter.
Am Montag, den 2. April, Abds. 8 Uhr, im Wedding-
Park, Müllerstraße Nr. 178:
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Neuener-Kommission über Zuschussfrage bei Arbeitslosen-
Unterstützung. 2. Der Streik in Keula. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Besuch bittet
Der Vorstand. 154/18

Zentralverband deutscher Brauer

(Zweigverein der Provinz Brandenburg).
Am Freitag, den 30. März 1894, Abends 8 Uhr, im Lokale des
Herrn Jock, Andreasstraße 21 (oberer Saal):
Monats-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Josef Wiedemann. 2. Delegiertentag. 3. Ab-
rechnung beider Vergnügen. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. 5. Ver-
schiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. 2651b

Tabakarbeiter und Arbeiterinnen.

Sonntag, den 1. April, Vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn
Söhnow vor dem Prenzlauer Thor:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der verlagten Versammlung vom 27. März. 2. Die plötz-
liche Entlassung sämtlicher Arbeiter der Fabrik von Fritz Leopold in
Berlin. 3. Stellungnahme zum 1. Mai. 522/20
Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins.

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend.
(Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Beabsichtigte und unbeabsichtigte Täuschung seitens der Konkurrenz
veranlaßt uns, unser Fabrikat durch eine Marke zu schützen, die wir hiermit
den werthen Genossen und Genossinnen bekannt geben und zu beachten bitten.
**Genossenschafts-Bäckerei
für Berlin und Umgegend**
SCHUTZ-MARKE.
(Eingetr. Genossenschaft m. b. H.)
Mit dieser Marke ist jedes unserer Brote belegt, und bitten wir bei
Forderung von Genossenschafts-Brot darauf zu achten, daß das verabreichte
Brot diese Marke trägt.
97/19 Der Vorstand.

Ausstellung Italien

in Berlin
Mai—October 1894
auf dem Terrain der West-Eisbahn
(Stadtbahn-Station Zoologischer Garten).

Lassalle-Grav.-Kadola für Wiederverk. Muster (3 versch.) g. Eins. v.
50 Pf. H. Guttman, Berlin N., Brunnenstraße 9. 1

Göpenick! Geschäfts-Eröffnung.

Allen Freunden und Bekannten zeige ich hierdurch an, daß ich im
Hause meines Vaters Grünauerstraße 3 eine Hind- und Schweine-
Schlächterei eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, für gute Waare
Sorge zu tragen und bitte ich, mich in meinem Bestreben gütig zu unter-
stützen.
Hochachtungsvoll Gustav Fiedler.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, S. pt., gegenüb. Andraapf
2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtshain
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-
stattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß
er nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.
Frucht-Bäfte
Himbeer-, Birsch-, Johannisbeersaft, Literflasche 1,30 Mk.
Eugen Neumann & Co., 6809R
Sa. Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Drantersstr. 8.

Parteinachrichten.

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratie Ober-Oesterreichs tagte am 11. März in Linz. Vertreten waren 15 Orte durch 38 Delegierte. Aus dem der Konferenz erstatteten Bericht geht hervor, daß die Arbeiterbewegung erfreuliche Fortschritte macht. Am Schlusse des Jahres 1893 bestanden in Ober-Oesterreich 28 Vereine und Organisationen mit mehr als 1000 aktiven Mitgliedern. Besonders erfreulich ist die Zunahme der ländlichen Anhänger. Im übrigen erfolgte noch die Erledigung interner Parteiangelegenheiten und Neuwahl einer Landesvertretung.

Eine Parteikonferenz für Oberschwaben tagte am 18. März in Aulendorf; besucht war dieselbe von 22 Delegierten. Die Berichte ergaben, daß die Agitation in den überwiegend bäuerlichen Distrikten eine ungemein schwierige, daß aber trotzdem Erfolg zu verzeichnen ist. Beschlossen wurde in Zukunft zwei Konferenzen abzuhalten; die eine im Frühjahr, die andere im Herbst.

Die sozialdemokratische Parteikonferenz für den Kreis Offenbach-Dieburg fand am 26. März in Klein-Steinheim statt. Anwesend waren 65 Delegierte aus 30 Orten. An Beiträgen gingen im abgelaufenen Jahre 789,59 Mark ein, die Ausgaben betragen 634,90 Mark. Außerdem gingen ein zur Landtagswahl 155,47 Mark. Zum Kölner Parteitag 176,10 Mark. Die Gesamt-Einnahmen der Kreisliste betragen einschließlich des Kassenbestandes von dem Abschluß der Reichstagswahl für den Rest des Jahres 2604 Mark 88 Pf., welcher eine Ausgabe von 918 Mark 45 Pf. gegenübersteht, so daß der Bestand der Kasse am 1. Januar 1894 1686,98 M. betrug.

Nach einer längeren „Gewerkschaftsdebatte“ wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Kreisliste steht in der Gewerkschaftsorganisation einen Faktor, welcher geeignet ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern und macht es den einzelnen Parteigenossen zur Pflicht, soweit dieselben als Lohnarbeiter thätig sind, sich gewerkschaftlich zu organisieren. In jenen Orten, wo ein Industriezweig nicht so vertreten ist um eine selbständige Organisation gründen zu können, sollen die Parteigenossen ihrer speziellen Organisation in dem Orte wo sie arbeiten beitreten.“

Zur Feier des 1. Mai wurde beschlossen, dieselbe entsprechend dem Beschluß des Kölner Parteitags zu begehen. Die Genossen des Kreises sollen überall da, wo es angängig, Arbeitsruhe eintragen lassen. Sollte dies unmöglich sein, so sind die Genossen anzuhalten, event. am Abend des 1. Mai Versammlungen zu arrangieren. — Als Kreisvertrauensmann wurde einstimmig Dr. Offenbach wiedergewählt. Die nächste Parteikonferenz soll in Offenbach stattfinden.

In Grünberg Schlessien tagte am 26. März eine Parteikonferenz des Agitationsbezirks Grünberg; vertreten waren insgesamt 60 Personen aus 11 Ortschaften. Die Berichte der Anwesenden waren ziemlich gleichlautend, überall dieselbe Chikanererei seitens der Polizei und der Pfaffen. Nach längerer Diskussion fand eine Resolution einstimmig Annahme, durch welche sich die Genossen verpflichten, mit aller Kraft für die Verbreitung unserer Ideen einzutreten. Eine zweite Resolution hat folgenden Wortlaut: „Das Komitee wird beauftragt, in kurzem ein Flugblatt auszuarbeiten, welches in deutscher und polnischer Sprache verfaßt sein muß. Indem der Kreis augenblicklich von Mitteln ganz entblößt ist, soll der Parteivorstand um finanzielle Unterstützung ersucht werden.“ Durch eine dritte Resolution wurden die Genossen verpflichtet, die Verbreitung der Breslauer „Volksrecht“ sich anzuwenden zu lassen. — Damit war die Tagesordnung erledigt.

Zur Bekämpfung des „inneren Feindes“ ist nicht nur unser herrliches Kriegsheer da, sondern es fühlen sich hierzu auch besonders die Kriegervereine berufen. Nun geben freilich die „schlaue Sozial“ keine Veranlassung dazu, den Säbel hauen und die Plünder zu machen, die tapferen Kriegervereine müssen darum nach anderen Mitteln suchen, um sich als Mäddchen für Alles in der deutschen Reichsliste dienstbar zu machen. Auf der anderen Seite sieht das sozialistische Gift aber auch immer mehr ein in die Kriegervereine selbst und so gerathen die Protektoren derselben in eine arge Zwidmühle. Als ein Ausfluß dieser Verlegenheit muß ein umfangreiches Rundschreiben bezeichnet werden, welches vor etlichen Wochen an die Vorsteher der sächsischen Militärvereine erging und das der „Neuen Wurzener Zeitung“ zugewandt wurde. Das Schreiben beginnt:

An unsere Kameraden, Bezirks- und Vereinsvorsteher!

„Wie die Erfahrung lehrt, sucht sich die Sozialdemokratie unter Anwendung aller denkbaren Mittel immer mehr und mehr in die Militärvereine zu drängen. (Hält ihr gar nicht ein!) Sie beherrscht gegenwärtig in den Städten und vielen Dörfern die unteren Klassen der Bevölkerung. Ihre Verbreitung ist durch billige sozialdemokratische Zeitungen, sowie durch in jedem größeren Orte stationierte Agitatoren und häufig veranstaltete Volksversammlungen unangesehnt betrieben worden.“

Nachdem dann darüber gellagt worden ist, daß den Erfolgen der Sozialdemokratie mit Ausnahme einer kurzen Zeit vor den Reichstagswahlen nicht entgegen gearbeitet worden sei, fährt der Klageruf fort:

„Infolge dieser allgemeinen Gleichgültigkeit der maßgebenden Faktoren gegenüber der Sozialdemokratie fanden die Militärvereine nirgends Unterstützung, mit deren Hilfe sie den Aufsturm der Sozialdemokratie hätten abwehren können. (Haben die Herren vom Bundespräsidium doch große Hoffnungen im Kopfe!) Die sich selbst überlassenen Vereine waren nun völlig wehrlos, weil ihren Vorstehern keinerlei Machtmittel zur Fernhaltung der sozialdemokratischen Presse, zur Ueberwachung ihrer Mitglieder und zur Ermittlung sozialdemokratischer Elemente zur Verfügung standen.“

Unter diesen Verhältnissen hat die sozialdemokratische Presse bei einem großen Theil der Vereinsmitglieder Eingang gefunden; es ist auch ermittelt worden, daß nicht wenige Mitglieder seit geraumer Zeit regelmäßig sozialdemokratische Volksversammlungen besucht haben.“

Das Rundschreiben macht dann das löbliche Eingekändniß, viele Mitglieder blieben nur deshalb bei den Militärvereinen, weil sie beim Ausschluß ihrer gegählten Beiträge verlustig gehen würden; ja es sei ermittelt worden, daß sogar Vorsteher in sozialdemokratischen Zeitungen inserirten und auf dieselben abonnirt seien und dadurch ihren Mitgliedern ein schlechtes Beispiel geben.

Um diese schlimmen Freveltthaten fürderhin nicht mehr aufkommen zu lassen, müsse auf Verdrängung der sozialistischen Schriften und Zeitungen aus den Vereinen hingewirkt werden. Das sei die erste Bedingung zur Erhaltung derselben für ihre eigentlichen Zwecke. — Das vertrauliche Schriftstück führt dann weit aus, es sei notwendig, „für Aufklärung der eigentlichen Ziele der Sozialdemokratie in den

Militärvereinen Sorge zu tragen.“ Man habe das bisher unterlassen, da man derartige Erörterungen für statutenwidrig gehalten habe. (Wer mag wohl hier für die nöthige Aufklärung gesorgt haben? N. d. W.)

„Da jedoch die Auffassung, monach den Militärvereinen auf Grund ihrer jetzigen Statuten die Pflicht der Erläuterung sozialdemokratischer Tendenzen obliegt, vom Bundespräsidium gebilligt wird (das Präsidium hat hierbei garnichts zu „billigen“, sondern das sächsische Vereinsgesetz verbietet es und dabei hat's zu bleiben), sind den Militärvereinen die nachstehend aufgeführten Schriften zur Anschaffung zu empfehlen, deren Inhalt lediglich die bezweckte Aufklärung ohne jede Hinneigung zu einer politischen Richtung bietet.“

„Ohne jede Hinneigung zu einer politischen Richtung!“ Das ist losbar. Empfohlen werden die Schriften „Der Himmel auf Erden“, ferner die erzdumme Broschüre „Die Sozialdemokraten, was sie wollen und wie sie sind“ und dergleichen Literaturerzeugnisse mehr.

Das Rundschreiben, dessen Geheimhaltung vor unberufenen Augen natürlich vorausgesetzt war, verbreitet sich dann noch ausführlich darüber, wie man den Vereinsmitgliedern an stelle der Arbeiterblätter fromme, christliche Traktäthen und „Volksblätter“ anpreisen solle. Ein voller Erfolg, heißt es dann weiter, sei sicher, wenn Staats- und Militär-Vereins-Vorstände zusammenwirkten.

Das Schriftstück schließt mit der wunderbaren Seifenblase: „Die mit der Zuweisung einer solchen Rolle an die Militärvereine verbundenen Vortheile dürften die gegenwärtig bei vielen ihrer Mitglieder infolge der Agitation der Sozialdemokratie nur schlummernde Vaterlandsliebe zu wecken und eine mächtige Förderung des Ansehens dieser Vereine herbeizuführen geeignet sein.“

Dresden, im Februar 1894.
Das Präsidium des Königlich Sächsischen Militär-Vereins-Bundes.
Beyer. Zanner. Uhde. Limbächer. Druckmüller. Windisch.

So das famose Altesstück. Zu dem Erfolg wünschen wir dem Oberbefehlshaber des Bundes viel Glück. Wer sich noch im Unklaren war über die angebliche Parteilosigkeit der Kriegervereine, wird diese nach Durchlesen obigen Altesstückes auf ihren wahren Werth zu schätzen wissen. Da nun Dresden in Sachen liegt und die sächsischen Kriegervereine ebenso wie die preussischen Politik nicht treiben dürfen, in Sachsen aber die Vereinsgesetze streng gehandhabt werden, so werden wir wohl allerhöchstens von einer Auflösung der Militärvereine und der Bestrafung des Präsidiums hören.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse Lingweiler, Redakteur der Elberfelder „Freien Presse“ wurde zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt, weil er die Bezugsbehörde des Saarreviers beleidigt haben sollte.

— Genosse Schönwald, Dortmund, ist am 27. d. M. nach dem Präzedenzfall zu Münster abgereist, um den 11wöchentlichen Rest seiner wegen Streifensünden erhaltenen Strafe von 10 Monaten zu verbüßen. Wegen einer hartnäckigen Augenkrankheit wurde er seinerzeit auf mehrere Wochen beurlaubt. Hoffen wir, daß Schönwald gesund in die Freiheit zurückkehrt!

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Deffentliche Sitzung von Donnerstag, den 29. März, Nachmittags 5 Uhr.

Die Etatsberathung wird fortgesetzt. Die Spezial-etats der Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung, des Gendarmelohnungs- und Unterhaltungsfonds, der Subalternoffiziere und der Vorpanverwaltung gelangen ohne Debatte zur Annahme.

Bezüglich der Etats der Unterrichts- und der allgemeinen Verwaltung ist schon in der vorigen Sitzung die Resolution einstimmig angenommen worden, daß wegen der noch nicht ausgeglichenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Magistrat und Versammlung über die anderweite Normirung der Gehälter nach dem System der Dienstalters-Zulagen, sämtliche personellen Kosten nur unter dem Vorbehalt der definitiven Festsetzung der Besoldungen durch Gemeindefestbeschlus bewilligt und bis dahin die Gehälter nach den bisherigen Normativbestimmungen weiter gezahlt werden sollen.

Der Etat für die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen ist vom Ausschuss nicht abgeändert worden; dagegen ist im Etat der Realschulen (höhere Bürgerschulen) der Ansatz für Schulgeld um 83 000 M. auf 330 300 M. erhöht.

Unverändert empfiehlt der Ausschuss ferner zur Feststellung die Spezial-etats für die höheren Mädchenschulen, für die Turnhallen, Spielplätze und das Turnwesen im Allgemeinen, für verschiedene Einrichtungen für die höhere Knaben- und Mädchenschulen (Vertretungskosten, Schulprogramm, bauliche Unterhaltung, Stipendien, Lieferung von Pflanzen aus dem Humboldtthain für den botanischen Unterricht u. s. w.).

Die Versammlung tritt durchweg den Ausschussanträgen bei. Beim Spezial-etat für die Gemeindefestbeschlus hat im Ausschuss auf eine bezügliche Anfrage der Stadtschulrath erklärt, daß für die technischen Lehrerinnen über das zum laufenden Etat 1893/94 Beschlossene (Anstellung gegen eine jährliche Remuneration von 768 M. und dreimonatliche Kündigung zum Semestereschlus) hinaus zur Zeit nichts gethan werden könne, daß aber die Schuldeputation der Frage nach wie vor ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Der Ausgabe-Ansatz für Miethen für Schulräume ist vom Ausschuss von 140 000 auf 130 000 Mark herabgesetzt worden.

Stadtv. Vogtherr regt eine Reform des an den Gemeindefestbeschlus bestehenden öffentlichen Prüfungswezens an. In Uebereinstimmung mit der Ansicht bewährter Schulmänner hält Redner das jetzige Prüfungswezen nicht bloß für unbedeutlich, sondern sogar für schädlich. Der Prüfungsstoff werde vielfach vorher den Schülern direkt eingepaukt, und gerade dieser Umstand müsse auf die Schüler und Schülerinnen direkt schädlich wirken. Ein ausgezeichnete Ersatz für die abzuschaffenden Prüfungen würde durch Vermehrung der Schulinspektionen geboten werden. Ferner berührt Redner den Uebelstand, daß den technischen Lehrerinnen das Honorar für die Ueberstunden außerordentlich spät ausgezahlt wird. Das Honorar für die Extrastunden bilde die Haupteinnahme dieser Lehrerinnen; in einem Spezialfalle sei dasselbe erst 2, ja 3 Monate später gezahlt worden. Ein solches Verfahren sei der Stadtverwaltung unwürdig. (Unruhe.)

Stadtschulrath Bertram: Die Schulprüfungen sind heute sehr viel zweckmäßiger als früher eingerichtet, so daß es leichter möglich ist, ein Bild von den Leistungen der Schule zu geben. Wegen die Unterstellung, als ob unter Anleitung der Schulbehörde die Deffentlichkeit getäuscht wird, muß die Schulbehörde auf das energigste protestiren. Ob die Schulprüfungen beibehalten

sind, läßt sich wohl heute, wo die Geschäfte so drängen, nicht entscheiden. Was die angeblichen Versäumnisse bei der Honorarzählung betrifft, so müssen uns einzelne konkrete Fälle angeben werden.

Stadtv. Vogtherr: Der Herr Schulrath giebt meinen Ausführungen eine Wendung, die ich nicht gebraucht habe. Ich habe nur gesagt, das Abhören eines eingepaukten Stoffes müsse auf die Schüler und Schülerinnen den Eindruck machen, als ob sie von der Schulbehörde dazu angeleitet werden, etwas für eine Prüfung zu halten, was keine ist (Heiterkeit). Der Name derer, die die von mir ferner erwähnten Beschwerden erheben, Ihnen zu nennen, darauf fallen wir nicht hinein; wir liefern Ihnen diese Personen nicht aus. (Große Unruhe.)

Stadtschulrath Bertram: Wenn jemandem sein gutes Recht vorenthalten wird, so hat er ein gutes Recht zur Beschwerde, und bringt er sie direkt in meinem Bureau an, so kommt er damit am weitesten.

Nachdem noch Stadtv. Cassel sich für die Beibehaltung der öffentlichen Prüfungen ausgesprochen hat, wird der Etat der Gemeindefestbeschlus nach den Ausschussanträgen bewilligt.

Die Spezial-etats für die Taubstummenschulen und die Blindenanstalt werden unverändert genehmigt.

Gleichfalls ohne wesentliche Änderungen sind vom Ausschuss die Etats der Waisenverwaltung und der Beamtengehälter angenommen worden.

Die Etats der Steuerverwaltung sind nach den Vorschlägen des Magistrats festgesetzt: Miethsteuer 13 000 000 M., Haussteuer 6 200 000 M., Hundsteuer 470 000 M., Brau- und Salzsteuerzuschlag 580 000 M.

Nach den beschlossenen Abänderungen des Etats wird zur Herstellung des Gleichgewichts ein Betrag von 23 233 553 M. an Gemeinde-Einkommensteuer erforderlich. Dabei wurde nach dem Magistratsantrage beschlossen, für das Jahr 1894/95 die erste und zweite Stufe der Gemeinde-Einkommensteuer außer Hebung zu lassen. Die bezüglich der Miethsteuer schon gegenwärtig bestehenden Ermäßigungen sind auch pro 1894/95 beibehalten worden. Nach der Mittheilung der Steuerdirektion und der vom Magistrat aufgestellten Berechnung über das Soll der Gemeinde-Einkommensteuer werden 100 pCt. einen Betrag von 22 200 000 M. ausmachen. Es sind daher zur Deckung des Bedarfs des Stadthaushalts-Etats pro 1894/95 zu erheben 105 Prozent der Normalätze. Der Ausschuss hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, für das nächste Etatsjahr nach diesem Prozentsatz die Gemeinde-Einkommensteuer erheben zu lassen.

Diesem wird zunächst von den Stadtv. Meyer I und Neumann die Wiedererhebung der in voriger Sitzung abgelehnten 50 000 M. Zuschuß für das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus beantragt.

Die Stadtv. Hütt und Genossen beantragen, den bereits gefaßten Beschluß, für die Verbreiterung der Gertraudenstraße 2 800 000 M. in den Etat einzusetzen, wieder aufzuheben und nur 1 800 000 M. zu bewilligen, 1 Million aber vorläufig aus dem Grundstücks-Erwerbungs-Fonds zu entnehmen.

Dieselben Antragsteller beantragen, die Auserhebungsetzung der zweiten Stufe der Einkommensteuer nicht zu genehmigen und die Erhebung von 105 pCt. der Normalätze zunächst nur für das Vierteljahr April-Juni 1894 zu bewilligen.

Die Miethsteuer, Haussteuer, Hundsteuer und der Brau- und Salzsteuerzuschlag werden ohne Debatte entsprechend den Ausschussbeschlüssen festgesetzt.

Der Antrag Meyer-Neumann und der Antrag Hütt betreffen der Gertraudenstraße können nur zur Berathung gelangen, wenn die Versammlung eine dritte Lesung der betreffenden bereits erledigten Spezial-etats zuläßt. Bezüglich des Antrags Neumann entscheidet sich die Versammlung in diesem Sinne.

Nach langer Debatte, in welcher hauptsächlich die Frage, ob eine einzelne derartige Privatanstalt wie das Kinder-Krankenhaus exceptionell von der Stadt begünstigt werden dürfe, und ob die Stadt fortwährend der Anstalt so beträchtliche Beihilfen leisten dürfe, ohne in der Leitung und Verwaltung derselben mitreden zu können, den Gegenstand des Streites bilden, wird schließlich der Antrag Neumann, wonach die Bewilligung unter der Bedingung erfolgen soll, daß der Magistrat mit dem Vorstande des Krankenhauses zugleich eine aus einem Stadtrath und 2 Stadtverordneten gebildete Vertretung der Stadt in der Verwaltung des Krankenhauses vereinbare, in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 36 Stimmen verworfen. Es bleibt also bei dem früheren Beschlusse.

Der Antrag, auch über den Etat für Straßen- und Brückenbau eine dritte Berathung stattfinden zu lassen, um über den Antrag wegen der Ausgaben für die Gertraudenstraße die Diskussion zu ermöglichen, erlangt nicht die Mehrheit.

Die Versammlung wendet sich nunmehr zur Berathung des Etats der Gemeinde-Einkommensteuer.

Stadtv. Kreitzing befragt über den Antrag, die Auserhebungsetzung der zweiten Stufe der Einkommensteuer nicht zu genehmigen. Der Magistrat weist auf die ungewöhnlich hohen Erhebungskosten für diese Steuerstufe hin; es werde aber nach der Beseitigung der zweiten Stufe kein einziger Steuererheber weniger sein. Aber auch der nach Abzug dieser angeblich so hohen Kosten verbleibende Ueberschuß von 280 000 M. könne im gegenwärtigen Augenblick nicht aufgegeben werden. Endlich sei zu beachten, daß, wenn man jetzt diese Stufe aufhebe, man sehr bald wieder in die Lage kommen könnte, sie wieder einzuführen, da die Stadt unmittelbar vor der großen Kommunalsteuer-Reform stehe, die ein gründliches Zurückgreifen auf die Einkommensteuer wegen des Ausfalls großer Posten der bisherigen Einnahmen unvermeidlich mache. Auch die Wahlrechtsfrage lasse die Aufhebung bedenklich erscheinen.

Kämmerer Maas: Der Magistrat ist über diesen Widerstand um so erstaunter, als er sich mit seinem Vorschlage den Dank der ganzen Stadtvertretung zu verdienen hoffe. Der Staat hat längst diese Stufe aufgehoben, unsere Nachbarkommunen dergleichen. Die Frage ist lediglich eine praktische. Die Erhebungskosten stehen in gar keinem Verhältnisse zu dem Einkommen, und die Beseitigung würde für den Stadtsäckel eine Ersparnis von ppr. 400 000 M. bedeuten. Das Wahlrecht wird nicht im geringsten beeinträchtigt.

Stadtv. Meyer I: Die Antragsteller stehen offenbar unter dem Eindrucke, daß über 100 pCt. Einkommensteuer nicht erhoben werden dürfen. Mit diesem Standpunkte ist aber praktisch nichts anzufangen. Die Zahl 100 ist sehr bequem, weiter aber hat sie nicht den mindesten Vorzug. Andere Städte erheben auch mehr als 100 Prozent Zuschlag. Es kommen nicht bloß die 4 Mark Steuer für 189 000 Jeniten in Betracht, sondern auch die hohen Erhebungskosten. Das Wahlrecht bleibt unter allen Umständen gewahrt, da die Steuer nach wie vor veranschlagt werden soll. Im Interesse der nothleidenden Arbeiter muß dieser Vorschlag des Magistrats angenommen werden. Die Gründe des Herrn Kreitzing sind lediglich Scheingründe.

Stadtv. Borgmann: Ganz eigentümlicherweise stellt gerade der segner. radikale Flügel der freisinnigen diesen Antrag. Der Vorgang beweist nur, daß diese Herren den Boden in der Berliner Arbeiterbevölkerung bereits völlig verloren haben. Die Kr-

beiter, die nur 600—900 M. Einkommen haben, haben ja weniger, als zum nothdürftigsten Unterhalt hinreicht. Davon eine Steuer zu erheben, ist ein Vergehen, wenn man es nicht ein Verbrechen nennen will. (Große Unruhe; Vorsitzender Langer hat sich verwehrt dem Redner diesen Ausdruck.) Ich glaube zu dieser hypothetischen Neuerung berechtigt zu sein, und ich freue mich, daß der Magistrat mit diesem Antrage gekommen ist. Diese ärmsten Bevölkerungsklassen werden von der Miethsteuer (Lachen) und den indirekten Steuern ganz besonders hart betroffen, und so lange diese Verhältnisse andauern, ist eine direkte Steuer auf ihr sogenanntes Einkommen verwerflich.

Stadt. Kreitzing: Der Staat kann sich den Luxus des Erlasses dieser Steuer wohl erlauben, weil er an indirekten Steuern das Ersatzgeld diesen Klassen wieder abnimmt. Die Stadt kann das nicht; das neue Kommunalsteuer-Gesetz verbietet uns geradezu, indirekte Steuern zu erheben.

Einstimmig wird beschlossen, wie bisher die erste Einkommensteuerklasse (420—600 M.) unerröckert zu lassen; der Antrag des Magistrats, auch die Erhebung der Steuer von der zweiten Stufe (600—900 M.) für 1894/95 zu unterlassen, wird ebenfalls, jedoch nur mit schwacher Mehrheit, angenommen.

Weiter wird diskutiert der Antrag, die Erhebung von 103 pSt. nur für ein Vierteljahr zu genehmigen.

Kämmerer Maas hält diesen Antrag für ungeschicklich. Der Etat werde jährlich festgestellt und die zu erhebende Quote sei nicht nach einzelnen Quartalen variabel. Man könne sich nicht zum 1. Juli nochmals überlegen wollen, was für die übrigen drei Quartale des Jahres zu gelten habe. Damit käme man zu Quartalsbetriebs, mit welchen sich nicht arbeiten, nicht verwalten lasse.

Stadt. Hütt: Es ist früher wiederholt in ähnlicher Weise verfahren worden, wie unser Antrag will. Wir können bei der Eile, mit der der Etat festgestellt werden muß, gar nicht übersehen, wie viel Prozent der Normalgröße zur Valanzierung des Etats gebraucht werden. Es sind in dem Etat 1 189 000 M. eingestellt für die Mehrforderung aus der Regulierung der Dienstalterszulagen. Nach der abnehmenden Haltung des Magistrats ist aber das kaum anzunehmen, daß diese Summe zur Verwendung gelangt. Wozu also diese hohe Summe mit auf den Etat schlagen, bevor in diesem wichtigen Punkte eine Einigung erfolgt ist? Ist der Antrag ungeschicklich, so können wir den Etat überhaupt nicht festsetzen, bis die Frage der Dienstalterszulagen geordnet ist. (Sehr richtig!)

Kämmerer Maas bleibt bei seiner Auffassung stehen. Mit der Goldwage mathematisch den Steuerbedarf abzumessen, sei übrigens unmöglich. Gerade jene Einsetzung der 1 189 000 M. stelle das Plus von 5 pSt. Einkommensteuer dar. Komme eine Verabänderung über die Lehrgelöhälter nicht zu Stande, so könne die Versammlung ja beschließen, sieben Tage der Steuer zu erlassen. (Weiterkeit.)

Stadt. Sachs II beantragt, den Steuerfuß auf 100 pSt. zu normieren.

Stadt. Vogtherr: Der Antrag Hütt würde der Bürgerschaft nicht viel nützen, wohl aber dem Standpunkt der Versammlung bezüglich der Normierung der Lehrgelöhälter direkten Abbruch thun, indem er dem Magistrat eine goldene Brücke dahin baut, unsere Beschlüsse einfach abzuschleusen. Der Antrag Sachs II ist aber womöglich noch gefährlicher; er würde die Ausführung dieser unserer Beschlüsse einfach unmöglich machen. Wir begreifen wohl das Sträuben gegen die Erhöhung auf 100 pSt.; dieses Sträuben erklärt sich aber vollständig daraus, daß in den letzten beiden Jahren mit dem Steuerfuß binuntergegangen wurde, anstatt bei 100 pSt. zu bleiben und die Erleichterung auf andern wirtschaftlichen Gebieten zu suchen. Wir stimmen gegen den Antrag Hütt.

Stadt. Meyer I. tritt ebenfalls den gestellten Anträgen entgegen und ruppelt den Magistratsantrag.

Stadt. Sachs II. will dagegen Steuern auf Vorrath nicht bewilligen. Die 5 pSt. bedeuten 1 025 000 M., welche sich doch unschwer aus dem Grundstücks-Erwerbungsfonds entnehmen ließen, der 1 200 000 M. betrage. Die Bürgerschaft werde schon an 100 pSt., nachdem bis jetzt bloß 85 pSt. erhoben seien, übergenug haben.

Kämmerer Maas: Die Ueberführung von Summen aus dem Grundstücks-Erwerbungsfonds ist unthunlich und würde ungeschicklich sein. Das Merkmal über den Fonds läßt darüber gar keinen Zweifel. Bereits Mittel in der Stadtkasse sind auch nicht mehr vorhanden, Ueberflüsse bei den einzelnen Verwaltungskassen in nennenswerthem Maße nicht zu erwarten. Vorschlägen in der beantragten Weise zu führen, schlägt jeder ansässigen Finanzverwaltung ins Gesicht. In den Etat muß alles eingestellt werden, was die Verwaltung der Stadt in dem Etatsjahre braucht.

Stadt. Cassel bekämpft den Antrag Sachs II vorwiegend aus dem Grunde, damit dem Magistrat nicht die Möglichkeit gegeben werde, einen entsprechenden Beschluß so zu denken, als ob die Versammlung an ihrem fast einstimmigen Votum wegen der Lehrgelöhälter nicht mehr festhalten wollte.

Auch Stadt. Reichow lehnt den Antrag Sachs II ab. Die Einkommensteuer sei ein Ausgleichsposten; der Etat müsse balanciert werden und das sei nur mit 103 pSt. zu erreichen.

Damit schließt die Diskussion. Unter der Heiterkeit der Versammlung scheidet Stadt. Sachs II seinen Antrag zurück. Auch der Antrag Hütt wird zurückgezogen. Die Erhebung einer Quote von 103 Prozent der Staats-Einkommensteuer als Kommunal-Einkommensteuer wird fast einstimmig beschlossen. Der in Einnahme und Ausgabe mit 85 811 451 M. balancierende Stadthaushaltsetat für 1894/95 wird darauf in Ganzen angenommen.

Die Vorlagen betreffend die Entwurfs zum Neubau der Gertrauden- und der v. d. Heydt-Brücke sind in einem besonderen Ausschusse geprüft worden. Die Vorschläge des Magistrats, wonach die vorhandenen Brücken abgebrochen, eine neue resp. provisorische Fußgänger-Brücke errichtet und später definitive massive Brücken erbaut werden sollen, haben die Zustimmung des Ausschusses erhalten.

Betreffs der Geländer und der künstlerischen Ausschmückung der neuen Gertraudenbrücke soll der Magistrat eine anderweitige Vorlage machen. (Die geplante Aufstellung einer Statue der heiligen Gertraudis, der Tochter Pipins von Landen, auf der Brücke erweist sich nur sehr möglichen Falls.) Ein Antrag die lichte Durchfahrtsbreite der Brücke um 6 Zentimeter zu vergrößern, ist im Ausschusse abgelehnt worden. Als erste Raten sollen 270 000 resp. 105 000 M. zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag die lichte Durchfahrtsbreite von 3,32 auf 3,38 Meter zu bringen wird vom Stadt. Dinske wieder angenommen und begründet, vom Stadtbaurath Hübner in ausführlicher Rede bekämpft.

Der weiteren Verhandlung wird durch den Stadt. Hentig ein vorzeitiges Ende bereitet. Herr Hentig erklärt, einige Bemerkungen über die Ausschmückung oder vielmehr Verzierung der Berliner Brücken vorgehabt zu haben, will dieselben aber nicht vorbringen, weil die Versammlung seit einer Viertelstunde beschlußunfähig sei. Durch das Bureau wird festgestellt, daß in der That nur 61 Mitglieder (statt mindestens 64) noch anwesend sind. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Schluß 9 Uhr.

Lokales.

Das Fahrpersonal der Neuen Berliner Pferdebahngesellschaft hat bei der Uebernahme dieses Instituts durch die Große Berliner Pferdebahn bis jetzt keinen besonders vorteilhaften Tausch gemacht. Nach erfolgter Incorporation setzte letztere Gesellschaft einen Betriebsinspektor ein, der sofort herausfand, daß bis dato zwei Kontrolleure zu viel beschäftigt seien.

Kurzhand half der neue Herr Inspektor diesem Uebelstand dadurch ab, daß er die beiden Beamten, welche am wenigsten Meldungen brachten, unbeschadet, daß die Betroffenen mit die Aeltesten im Dienst waren, zu Schaffnern degradirte. Welch eine ungeheure Arbeitslast den in Amt und Würden verbliebenen Kontrolleuren durch diese Maßregel aufgebürdet wurde, ergibt sich aus folgendem. Der erste Wagen, der vom Depot Weißensees Morgens 5 Uhr 12 Minuten abfährt, muß vom Kontrolleur, wiewohl dieser sich nicht eine Mühe oder gar eine Geldstrafe zuziehen, bereits pfllichteilig kontrollirt werden; der Beamte hat spätestens um 5 Uhr im Dienst zu sein. Fortan muß er bis Nachmittags 2 Uhr ununterbrochen von einem Wagen zum andern springen; wehe ihm, wenn ihm aus seinem Bunde nachgewiesen wird, daß er auch nur 10 Minuten gefanzt hat. Um 2 Uhr also ist die erste, nur durch eine halbstündige Frühstückspause unterbrochene Qual beendet. Nach einer dreistündigen Mittagspause hat der Kontrolleur dann Punkt 5 Uhr wieder anzutreten, und sein beschaulicher Abenddienst hört erst auf, wenn er den 12 Uhr 48 Minuten vom Molkenmarkt nach Weißensee abfahrenden Nachtwagen hinter der Verbindungsbahn kontrollirt hat. Wohnt der Beamte nicht gar zu entfernt von dieser Gegend, z. B. in der Frankfurter Allee, so ist er im glücklichsten Falle um halb drei Uhr zu Hause, nachdem er einen siebzehnstündigen Dienst hinter sich hat. Kleinigkeit! Eine derartige Kraftleistung hat der Kontrolleur bei Wind und Wetter vier Tage hintereinander auszuführen; erst am fünften Tage ist er „frei.“ Damit er aber in der goldenen Freiheit nicht gar zu übermüht werde, ladet ihn der Inspektor für diesen fünften Tag noch zu einer Konferenz ein, die manchmal auf zwei Stunden aufgedehnt wird.

Das eigentliche Fahrpersonal hat täglich zwölf bis vierzehn Stunden Dienst bei nur zwei freien Tagen im Monat; den Beamten der Großen Berliner Pferdebahn werden wenigstens vier freie Tage monatlich gemährt.

Es wird kaum zu hoffen sein, daß diese ungeheure Arbeitslast vor der Hand gemindert wird. Die Bildung einer starken Organisation, durch welche Abhilfe möglich wäre, ist bisher zum wesentlichen an der Theilnahmlosigkeit und Uneinigkeit des Personals selber gescheitert und daß die Gesellschaft das Loos ihrer Angestellten aus freien Stücken bessern würde, das mag auch der unverbesserlichste Optimist nicht zu hoffen. Am Plage wäre aber wenigstens eine staatliche Enquete über die Lage der Pferdebahn-Angestellten.

Zur Verhütung von Unglücksfällen soll vom 1. Juni ab durch Polizeiverordnung verlangt werden, daß alle Ruder- und Segelboote mit Eintritt der Dunkelheit eine Laterne zu führen haben, die bei Segelbooten in 1 Meter Höhe, bei Ruderbooten in 1/2 Meter Höhe am Vordersteven anzubringen ist.

Ein Postamt in der Goldschmiede. Merkwürdige Klagen werden über die Bestellungen von Postanweisungen im Norden Berlins geführt. Dem Postamt 65 in der Schulstraße aus werden Morgens den Empfangern Postanweisungen überbracht, ohne daß zugleich der Geldbetrag angegeben wird. Der Fall steht nicht vereinzelt da, daß Geschäftsleute bis zum Nachmittag warten mußten, ehe ihnen die Beträge ausgehändigt wurden. Die Briefträger entschuldigen solche Vorfälle damit, daß das Postamt die auszuliefernden Summen nicht besitze. Den Geschäftsleuten, die in den meisten Fällen ihr Geld nothwendig gebrauchen, erwachsen aus den postalischen Verzögerungen oft Verlegenheiten.

Die relegirten Sekundaner. Wir erhalten von den Vätern der plötzlich von der 2. städt. Realschule weggeleiteten Sekundaner eine ramentlich unterzeichnete Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Im vorliegenden Falle war die Gesellschaft eine geschlossene, die Räume waren im vorstehenden Sinne Privaträume und das Thun und Lassen, an welchem sowohl was die Proben, wie die Aufführung betrifft, die strengste Unterordnung nicht aufzugeben gefunden hat, stand unter der elterlichen Autorität, welche durch das nicht vorherzusehende Ein- und Vordringen der Schulautorität mit dieser in Konflikt gebracht wurde und zwar ohne Noth, da schulleitend die prinzipielle Zustimmung zu den Theateraufführungen gegeben wurde. — Einem solchen Konflikt gegenüber kann aber auch nicht einfach von Ungehorsam gegen die Schule bei jungen Leuten gesprochen werden, welche sowohl der Schule wie der väterlichen Gewalt unterstehen und an diesem Orte und unter diesen Verhältnissen zweifellos unter lehrerlicher Aufsicht.

Wir erklären daher jede Darstellung, die behauptet, daß unsere Söhne gegen Eintrittsgeld und aus Eitelkeit eine öffentliche Theateraufführung mit unserem Zulassen veranstaltet hätten, für unwahr und haben, um diese Erklärung einzeln oder solidarisch event. auch an richtiger Stelle vertreten zu können, unsere Adressen der verehrlichen Redaktion mitgeteilt.

Im Uebrigen möchten wir, um der Verprechung der Angelegenheit jede Schärfe zu nehmen, noch anerkennen, daß der Direktor der sonst vorzüglich geleiteten Schule und der als Ordinarius besonders segensreich wirkende Lehrer, Alles gethan haben, um schwereren Folgen der harten Strafe vorzubeugen, und die Neu-Einschulung der Abgewiesenen zu ermöglichen, so daß beiderseits ohne Erregung der Entscheidung zustehenden Orts entgegengekommen werden kann.

Wo der Reib keine andere Waffe weiß, greift er zur Verleumdung, und so sehen wir denn den Moniteur des Polizeipräsidiums heutiger Idial Haupt- und Residenzstadt das ganze Jander der hergebrachten Lügen unserer lieben, alten Wohlbelannten aufzuführen, welche von jeher ihren edelsten Beruf darin fanden, für acht gute Groschen pro Leistung den Bodenlag ihrer Phantasie nach der berühmten Centralstelle abfließen zu lassen. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch den Verfasser, und da wir wissen, welche Leute ein Interesse daran haben, die Männer aus der sozialdemokratischen Partei, die, wie jeder Parteigenosse weiß, in der Zeit schwerster Verfolgung ihre Pflicht treu erfüllt haben, auf dem Standpunkt der Höchstgehörigkeit herabzujagen, so fällt es uns selbstredend nicht ein, das Gefudel des Intelligenzblattes irgend welcher Witterung zu würdigen. Nur um eines haben wir das ehrenwerthe Polizei-Organ im Interesse unserer Parteigenossen zu ersuchen, nämlich seine Drohung, mit „Geweissen“ herauszurücken. Also, wer sind die „sehr bekannten Sozialdemokraten, die zum Theil heute noch Partei- und Gewerkschaftsführer sind und ihre Kräfte nicht nur vorübergehend in den Dienst des „Volkstretends“ gestellt hatten“? Heraus mit der Sprache!

Gewichte Worte. Eine niedliche Eiteltheit zeitigte der Vortrag eines gefälligen Wärdenträgers in der Konferenz der Jungfrauenvereins-Vorstände. Bei einer an den Gang der Fänger nach Emansons anschließenden Rathbetachtung kam der Weisliche zu dem Schlusse: „Wer einen Spaziergang ins Grüne ohne Gott macht, läuft ins Blaue.“

Die Ionisendädtische Fortbildungsschule für Mädchen, welche seit einem Jahre in städtische Verwaltung übergegangen ist, beginnt den Unterricht für das Sommersemester am 8. April. Die Haupt-Unterrichtsfächer sind: Deutsch, praktisches Rechnen, Buchführung, gewerbliches Zeichnen, Maschinenbau, Schneidern, Nähen, Turnen, sowie alle Arten weiblicher Handarbeiten. Auch im mündlichen und schriftlichen Gebrauch des Französischen und Englischen, sowie auch im Turnen wird unterrichtet. — Das Schulgeld beträgt im ganzen 50 Pf. resp. 1 M. monatlich. — Anmeldungen neuer Schülerinnen Nachmittags von 6 Uhr ab im Amtszimmer der 42. Gemeindschule, Raunynstraße 63, an der Waldstrasse beim Rektor Jander.

Die jüngste Charlottenburger Todtschlags-Affaire dürfte voraussichtlich im Sande verlaufen und vielleicht gar nicht ein-

mal zur Erhebung einer Anklage führen. Die bisherigen amtlichen Ermittlungen haben unzweifelhaft ergeben, daß der Charlottenburger Todtschlag lediglich in Nothwehr und zwar in sehr berechtigter und zwingender Nothwehr gehandelt hat. Der Gelöbte, Arbeiter Ernst Strahl, der schon zweimal aus dem Local gewiesen bzw. verworfen worden war, drang zum dritten Male ein, sah die Stage an der Brust und am Halse und suchte ihm mit den Worten: „Gund, ich mache dich kalt!“ die Kehle zuzubrühen. In dieser kritischen Situation griff Stage nach dem Leidentische und nahm unbedenken das erste beste Werkzeug, welches er erreichen konnte. Das dies gerade ein Messer war, will er selbst kaum richtig bemerkt haben, so wenig er gerade nach dem Halse gezielt hat. Er will geradenwegs geschlagen haben, um den Gegner, der ihm an Körperkräften überlegen war, von sich abzuwehren. Vorläufig befindet sich Stage noch im Charlottenburger Amtsgerichtsgefängnisse. Erst wenn das Ermittlungsverfahren abgeschlossen ist, wird seine Haftentlassung in Erwägung gezogen werden.

Die Volkstänze. Ein recht erschütterndes Verkommen hat sich Anfangs dieser Woche in einem hiesigen Ball-Local im Centrum der Stadt abgespielt. Dort verkehrte allabendlich ein auffallend schönes Mädchen, die 21 jährige aus Leipzig gebürtige Emma J., welche erst seit 8 Monaten in Berlin weilte, trotzdem aber zu den bekanntesten „Damen“ der Friedrichstadt zählte. Die junge schlanke gewachsene Person, deren Schönheit jedem Besucher des Ball-Local's auffiel, war eine leidenschaftliche Tänzerin und wohl nicht mit Unrecht hatten ihr neidische Kolleginnen den Beinamen „Volkstänze“ gegeben. Anfang Februar mußte die J. eines starken Bluthustens wegen ein hiesiges Krankenhaus aufsuchen, und dort verließ die Patientin bis Mitte März. Wie das Mädchen ihren Freunden erzählte, hatte der behandelnde Arzt, welcher wohl Schwindsucht-Symptome bei der J. entdeckte, ihr das Tanzen auf das Strengste verboten und eine geordnete Lebensweise anempfohlen, was natürlich von der Volkstänze nicht beobachtet wurden. Am Montag Abend war die J. besonders animirt und in stürmischem Galopp und Polka flog das Mädchen im Arme der Tänzer unaufrichtig dahin. Da plötzlich ertönte in dem glänzend erleuchteten Saale ein gellender Schrei, die Musik verstummte, die Paare hielten in Tanze an — und unter dem Kroneuchter sammelte sich eine Menschenmenge. Am Fußboden lag — das Haupt im Schooße des Tänzers geborgen, von einem heftigen Anfall befallen, die leidenschaftliche Tänzerin, vergeblich nach Athem ringend. Die Bedauernswerthe wurde mittels Tröpfchen nach ihrer in der Friedrichstraße belegenen Wohnung gebracht und dort verstarb sie wenige Stunden darauf an hinzugekommenem Lungen Schlag.

Das Spielen mit Schußwaffen hat wiederum einen schweren Unglücksfall, bei welchem zwei Personen verletzt wurden, hervorgerufen. Vor einigen Tagen verweilten in dem B'schen Restaurant in der Jospstraße die Wärdemeister M. und G., beide in der Mendelssohnstraße wohnhaft und plauderten mit einem an demselben Tische sitzenden Gaste. Im Gevöck jog der letztere ein Zerzerol und zeigte den gegenüberstehenden Wärdemeistern den Mechanismus der Waffe, welche jedoch, ohne daß der Betreffende es wahrte, geladen war. Durch eine unvorsichtige Bewegung entlud sich das Zerzerol und die Kugel verletzte den Wärdemeister G. an dem Mittelfinger der rechten Hand und drang sodann in den linken Oberschenkel des Wärdemeisters M. Während sich die Verletzung des ersten Angeschossenen als ganz ungefährlich erwies, ist es bisher nicht gelungen, die Kugel aus dem Oberschenkel des M. zu entfernen und liegt der Letztere schwer erkrankt danieder.

Zu dem Unglück, das einige Berliner Turner in Kammersdorf betroffen hat, erfahren wir noch, daß die Mitnahme des Geschosses ohne Vorwissen des Turnwartes Fiedler erfolgte; als ihm dasselbe unweit des Dorfes Schönefeld gezeigt wurde, veranlaßte F. die Abgabe des Projektils an den in der Knappeschen Wirthschaft weilenden Artillerieoffizier Werler. Zu dem durch die Explosion schwer verletzten Personen gehören außer den bereits Erwähnten auch noch der Turnwart Geisler und der Turner Ried, ersterer in der Mariannen-, der Letztere in der Großdeekenstraße wohnhaft; beide Personen haben Verletzungen an der Brust und im Gesicht, ein jüngerer Bruder des Ried hat eine erhebliche Brandwunde am Ohr erlitten. Ueber das Befinden des in der königlichen Klinik in der Flegelstraße danieder liegenden Turnwartes Herrn Fiedler erfahren wir, daß es der Geschicklichkeit unserer Ärzte doch gelingen wird, dem Armen das schwer gefährdete Augenlicht zu erhalten.

Vor Hunger ohnmächtig zusammengebrochen ist am Dienstag in Potsdam in der Saarmunderstraße ein etwa dreißig Jahre alter Handwerkerleibsch. Er wurde in ein Haus getragen und dort wieder zum Bewußtsein gebracht. Nachdem er mit Speise und Trank versehen, auch einige schnell gesammelte Geldmittel erhalten, erzählte er, daß er seit zwei Tagen nichts gegessen und infolge Erschöpfung im städtischen Krankenhaus Aufnahme gesucht habe. Dort habe man ihn aber zurückgewiesen.

Die Angelegenheit des praktischen Arztes Dr. S., der als Vertrauensarzt einer Lebensversicherungsgesellschaft einen argen Mißbrauch begangen haben soll, ist jetzt soweit vorgeschritten, daß die Anklage von der Staatsanwaltschaft erhoben und das Hauptverfahren von der Strafkammer eröffnet worden ist. Es handelt sich dem Vernehmen nach um Betrug und Unterschlagung zu Gunsten einer Person, die an Lungenkrankheit litt, von dem Arzt aber für gesund erklärt wurde. Die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Bronner übernommen.

Der Knabenmörder Ernst Kappler, der in Charlottenburg den schrecklichen Mord zu Wege brachte, ist vorgestern (Mittwoch) Nachmittags um 2 Uhr nach Beendigung seiner Beobachtung aus der Irrenabtheilung der Charité wieder nach dem Untersuchungsgefängnisse überführt worden. Er ist nunmehr endgültig als geisteskrank bezeichnet worden und dürfte daher nicht mehr vor die Geschworenen kommen.

Vergiftung. In bedenklichem Zustande wurde am Mittwoch Abend der 47 Jahre alte Arbeiter August Simonet, in der Blumenhalstr. 40 in Friedrichshagen wohnhaft, durch den Gendarm Kette auf der Landstraße aufgefunden und zunächst einem Arzte zugeführt. Dieser glaubte in den Krankheitserscheinungen einen gemeingefährlichen Ausbruch von Delirium zu erkennen und ordnete die Ueberführung Simonets nach einem Berliner Krankenhaus an. Hier ergab sich, daß eine Vergiftung durch Säuren vorliegt. Das Innere des Kranken scheint durch Gift erheblich verbrannt zu sein, wie die ausgeworfenen Blutmassen erkennen lassen. Näheres über den Vorfall hat sich nicht feststellen lassen, da Simonet nicht vernunftfähig ist.

Eine aufregende Szene hielt Dienstag Abend nach 7 Uhr auf Bahnhofs Rummelsburg die Insassen des Ringbahnzuges in Altem. Im letzten Augenblicke führte noch ein offenbar Betrunkener auf den Zug los, kam aber bereit zu Fall, daß sein Kopf unmittelbar vor einem sich schon in Bewegung befindenden Rade lag. Der Mann hat sein Leben nur dem raschen Eingreifen des Bahnhofs-Assistenten und eines Arbeiters zu danken, welche im Moment der höchsten Gefahr zusprangen und mit kräftigem Ruck den Todesbedenklichen aus seiner kritischen Lage entrieffen.

Der Wandtourndoktor Richard Mohrmann, dessen Festnahme in Amsterdam kürzlich gemeldet wurde, scheint diesmal vom Glück begünstigt zu sein. Wie er einem hiesigen Bekannten brieflich mittheilt, befindet er sich in Antwerpen, um von dort die Reise nach Amerika anzutreten. In Antwerpen hat er aber inzwischen nicht viel vernommen, denn seine Kasse ist geschmolzen und hat von hier aus gefüllt werden müssen. Ob von seiner

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Ein unentbehrlicher
Rathgeber für
Vereinsvorstände etc.

ein Buch, das in keiner
Arbeiter-Vereinsbibliothek
fehlen darf, weil es ein
Nachschlagewerk auf allen Gebieten
der Vereins-Gefehgebung in allen
Bundesstaaten des Deutschen Reiches
ist, nicht bloß für
Versammlungs-Einberufer,
Vereins-Vorstände,
sondern auch für
Beamte, Behörden, Rechtsanwälte,
Politiker aller Parteien,
ist das in unserem Verlage erschienen

**Vereins- und
Versammlungs-Recht
in Deutschland**
VIII u. 210 Seiten 8°

Elegant broschirt Mark 2.50,
in braunem Vadeker-Band
gebunden Mark 3.—

Tag für Tag kommen von einzelnen
Vereinen, Vertrauensmännern, Gewerkschaftsvorständen Klagen über Willkür und
Bergewaltigkeiten seitens einzelner Be-
hörden und Beamten; die Redaktionen der
Parteiblätter haben ununterbrochen Rath
und Auskunft zu ertheilen, wie sich die Ge-
nossen und Vereine gegenüber Versamm-
lungs-Verboten, Aufsichtungen, Vereins-
schließungen u. s. w. zu verhalten haben.
Ueber alle diese Punkte gibt das Buch an
der Hand des Verfassers der einzelnen Ver-
einssätze und in Erläuterungen über die
im Laufe der Jahre von den Gerichts-
behörden in ihren Urtheilen geübte
Praxis klaren und ungewöhnlichen Bescheid,
und ermöglicht es somit den Genossen, die
Stippen und Zwänge der reaktionären
Vereinsgesetzgebung zu vermeiden. Ein dem
Buche beigegebener Katalog enthält eine
tabellarisch übersichtlich geordnete, gruppen-
weise gereichte

Arbeitsinhaberstellung des Vorwärts
des in den einzelnen Bundesstaaten
bestehenden Bestimmungen über Ver-
eins- und Versammlungsgesetz und
alphabetisches Sachregister.
Zahlreiche Bestellungen sind entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel
empfehle ich zur pünktlichen Lieferung
den „Vorwärts“.

Max Kirsch, Zeitungsspediteur,
Ritterstr. 107, Ecke Prinzenstr. 28.

10 Mark Beinkleid,
25 Mark Sommerpaletot, **30 Mark**
Anzug, elegant nach Maß bei [2703b]
Wiener & Strauch,
Kaiser Wilhelmstraße 4, 1 Tr.

1000 Damen!!!
Regenmäntel, Frühjahrsjaqueto,
Capes u. Kinderanzüge à 2, 3, 4,
5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. s. w.
Landsbergerstr. 48, 1. Stg.

**Kinderwagen-
Bazar**
von Max Brinner
Jerusalemstr. 42
part. u. 1 Treppe,
u. Brunnenstr. 6,
Hof part.
Großartige Auswahl Kinderwagen,
Puppenwagen, Kindersportwagen, billigst.
Theilzahlung gestattet. Ältere Muster
billiger. 5637L*

Kanarienhähne u. gute Zuchtweibch.
verf. Krebs, Köpnickstr. 154a, 4 Tr.

Ich wohne jetzt 2633b
Elisabeth-Platz 18, part. I.
Dr. med. Paul Bernstein.

Ein tüchtiger 2689b
Dirigent

für einen Gesangverein wird gesucht.
Off. u. N. H. 66 an die Expedition des
„Vorwärts“.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut
laufen will, empfehle mein sehr reichh.
Lager von ca. 1000 Sommer-Val-
lots, 2000 Anzüge, sowie einzelne
Höcke, Jaquets, Hosen, Westen etc.
erner Hüten, Ketten, Ringe,
Schnitten, Wäsche, Stiefel, Hüte,
Reise- u. Holykoffer, Wafdyskessel etc.
Sämmtliche Sachen in alt und neu,
auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiewaren-
Händler, 5794E*
127 Stalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden
gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten.

Holz- und Kohlen-Handlung
von August Zick, 5840L*
Bückerstr. 51, im Hof.

Wichtig für jede Dame!
Elegante Regenmäntel 7-10 M.,
Modell-Regenmäntel, hochlegant, 10
bis 18 M., Wackisch-Jaquets 2.50 M.,
elegante Neuheiten in Jaquets und
Umhängen 10-16 M. Ladenpreis das
Doppelt. Leipzigerstr. 91, 1 Tr.

Gut gehendes Restaurant
mit Vorgarten, volle Konzession, zum
Inventurpreis per sofort zu verkaufen.
Charlottenburg, Kantstraße 146, Ecke
Savignypfad. 9674b*

Zur pünktlichen Lieferung des
„Vorwärts“ u. s. w.
für Berlin Ost u. Nordost empfiehlt sich
Th. Kutzleb, Zeitungsspediteur,
Gr. Frankfurterstr. 98, Ecke Weberstr.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämmtliche im Handel
befindl. Rohtabaks sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Musik-Instrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spieldosen zum Drehen u. selbst-
spielend, Musik-Automaten fertigt
Aug. Kessler, Faustherstr. 51.

37 Als anerkannt reelle und
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
**Gold-, Silber-,
Alfenidewaaren** (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfehle ich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Brand,
in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-
Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bockfagon) wieder
vorräthig.

Mai-Feier 1894.

Wie in der Bekanntmachung des Partei-Vorstandes den Genossen angekündigt, erscheint
auch dieses Jahr in unserem Verlage ein

**Illustriertes
Mai-Festblatt**

Format und äußere Ausstattung werden den lehtjährigen entsprechen:
8 Seiten Groß-Quartformat.

Auf den textlichen Inhalt in Poesie und Prosa haben wir die größte Sorgfalt verwendet.
Aus dem Gebiete der Poesie sind vertreten Rudolf Lavant mit einem formensönen und
gedankentiefen Zeitgedicht; und Karl Wendell hat nach der Melodie: „Es braust ein Ruf wie
Donnerhall“ ein Volkslied vom ersten Mai gedichtet, das in seinen wohlklingenden Versen am
1. Mai aus dem Munde von Hunderttausenden deutscher Arbeiter ins Land klingen wird. Aus der
Feder der besten unserer Partei-Schriftsteller haben wir über die verschiedensten mit der Maifeier
zusammenhängenden Gebiete erste, belehrende Aufsätze, wie im Plaudertone des Feuilletons geschriebene
Artikel erhalten, von den Illustrationen aber dürfen wir sagen, daß sie die früheren Nummern
an Schönheit übertraffen. Durch frühzeitigen Beginn des Druckes haben wir auch Sorge getragen,
daß die von Heinrich Schen's Meisterhand geschnittenen Bilder tadellos sich repräsentiren.
Das Titelbild, von Fritz Scherle künstlerisch vollendet und gezeichnet, verfinnlichlicht in
drei prächtigen, der Arbeiterwelt und der Welt der Arbeit entnommenen Charakterfiguren den
Gedanken der Aufforderung zur Maifeier:

„Wir woll'n die Menschheit frei,
„Trennt' uns v' Weltkram!
„Herbei, herbei!
„Dreht die Welt die Tyrannen!“

Das Vollbild, über die 4. und 6. Seite gehend, entflammt der Hand desselben Künstlers,
der im Maiestblatt 1892 die mit so großem Beifall aufgenommene und in Hunderten von lebenden
Bildern wiedergegebene Huldigungsgruppe gezeichnet hat. Aus der Bastille der Lohnsklaverei
strömt die internationale Arbeiterklasse, in den einzelnen Volkertypen meisterhaft verlorpert, sieges-
bewußt zum Weltmaifest; im Hintergrunde sehen wir die Göttin der Freiheit den Zeiger auf der
Weltuhr der zwölften Stunde näher rücken, die den Sieg des Sozialismus verkündet: ein Mahnungs-
zeichen an die herrschende Klasse, noch in zwölfter Stunde den Forderungen zu entsprechen, für welche
das internationale Proletariat am 1. Mai demonstriert. — Wir glauben also sagen zu dürfen, daß das

Mai-Festblatt 1894

für jeden Arbeiter ein Erinnerungsblatt von dauerndem Werthe sein wird.
Um die Auflage des Festblattes rechtzeitig feststellen und die Besteller rechtzeitig
in den Besitz der Maiest-Blätter setzen zu können, bitten wir die Genossen, uns ihre
Bestellungen bis spätestens 28. März
zulommen lassen zu wollen. Wir beginnen mit der
Verfendung am 9. April.
Später einkaufende Bestellungen können unsererseits nicht mehr mit der Garantie pünktlicher
Lieferung aufgenommen werden, während jede bis zum
28. März 1894
eingegangene Bestellung spätestens am 24. April in den Händen der Besteller sein wird.
Der Preis stellt sich wie in den letzten Jahren für das Einzel-Exemplar auf
10 Pfg. im Verkauf; in Partien zu 5 Pfg. netto.
Porto zu Lasten des Bestellers.
Wir ersuchen die Parteigenossen und insbesondere die Vertrauensleute der Partei, für die
Verbreitung des Mai-Festblattes recht thätig zu sein und sehen zahlreichen Austrägen baldigst entgegen.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Kinderwagen, größte Auswahl, auch Theilzahlung. **Gneisenaustr. 115, Ecke Bellealliancetrasse**

Grösstes Lager. Billigste Preise.

Roh-Tabak.

Beste Marken. Reelle Bedienung.

Gesundheit garantirt. Geöffnet den ganzen Tag.

Um geehrten Besuch bittet
W. Hermann Müller
Neue Friedrichstr. 9.

Otto Naether,
Uhrmacher,
Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art
solid und preiswerth. [5417E*]

Original- 671M
Sing-Piston
ist das einfachste, eleganteste,
ff. vernickelt ausgef. Musik-
Instr. Ein Kind kann die
schönsten Melodien spielen.
Piano u. Instrum. begleiten. Bass f.
Salon u. Landpartien für eine u. meh-
rere Personen. Nach beigel. Anweisung
in 10 Min. erlernbar. Preis 2 Mark.
Wwe. Mertens, Pantow bei Berlin.

Stanz 1.50. Dänflinge, Finken 1 M.
Weiße Mäuse 10 Pf., Tanz-
mäuse 50 Pf., Kaninchen v. 50 Pf. an,
Kanarienhähne 4, 5, 6 M. Alles bill.
Redtmann, Radaistr. 2, a. Schles. Bahnh.

2 Stand Betten (Brautbetten) bill.
Grüner Weg 41, 1 Tr. link.

Ein dreirädriger Kinderwagen billig
zu verk. b. Schulz, Stalitzerstr. 40, 3 Tr

Kleiderspind, Sopha, Bett und andere
Wirtschaftsachen Oranienstr. 183 beim
Wegwirth. 2693b

Kunst. M. f. 3. 1. April Schloßstr. (mögl.
allein) b. Kinderl. P. Gegend Nord. 23.
Off. erb. u. C. S. 33 Postamt 19. 2685b

Schlafst. f. Herren, sep. Eing., Oranien-
straße 154, v. 4 Tr. bei Judel. 2694b

Theiln. 3. möbl. Zim. Stalitzerstr. 8, v. 11 l.

Möbl. Schlafst. f. Genoss. b. Schwedler,
Reichenbergerstr. 167, v. 1 Tr. r. sep.

Schlafst. f. Herren bei Krendse'
Johanniterstr. 12, Quergeb. 3 Tr. l.

M. möbl. Zimmer Simonstr. 6, v. 8 Tr. l.

Möbl. Zimmer a. Schlafst. zu verm.
Ramlstr. 2, v. 4 Tr. l. 2679b

Frdl. möbl. Schlafst. f. 1 od. 2 P., sep.
Eing., Lausitzerstr. 41, v. 1 Tr. Stenwedel.

Schlafst. m. sep. E. Wanteuffelstr. 51,
4 Tr. Noad. 2696b

Möbl. Schlafst. f. 2. Gneisenaustr. 104,
v. 4 Tr. Ringer. 2701b

Möbl. Schlafst. f. 1 Herrn Lausitzer-
straße 43, v. 3 Tr. Ortel. 2702b

Frdl. Schlafst. Lausitzerstr. 37, v. 4 Tr.

Frdl. Schlafst. b. Adam, Bückerstr. 58.

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crèpe, Fantasie,
Gobelin, Plüsch und bunten
Mocquets spottbillig!
Proben franko! 5150L*
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße 158.

Unfalljachen, Klagen, Eingaben
Purger, Steglitzerstr. 65*

Freundliche Hofwohnungen
Fürststr. 9, dicht am Moritzplatz,
Stube, Küche, Korr., Mos. ic. sehr preisw.

Kleine frdl. Bord.-Wohnung, St. u. R.
weg. Ueberrahme e. Geschäfts z. 1. Apr.
od. spät zu verm. Näh. b. Kiele, Frieden-
straße 41, 1 Tr. 2699b

Genosse sucht ein. Theiln. einer möbl.
2fenst. Stube Prinzenstr. 9, v. 2 Tr. r. b. Odel.

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Schleifer auf Naturstöße
werden Fertigmacher auf Naturtheile
und sofort verl. **W. Kemmer**
u. No., Prinzenstr. 36. 2692b

Gärtlerlehrer v. Fischer, Adalbertstr. 96.

Durchaus tüchtige Sambaarbeiter
soll. verlangt bei Rossmann, Bruden-
straße 10a. 2695b

GESCHÄFTSHAUS S. HEINE

Gardinen
Portièren und Tischdecken.
Neue stillvolle Muster in grosser Auswahl
zu **aussergewöhnlich billigen Preisen.**

Teppiche
unübertroffener Auswahl, **garantirt fehlerlos.**
Waare, zu **erstaunlich billigen Preisen.**

Gardinen-Reste
für 1, 2 oder mehr Fenster pass., **äusserst wohlfeil!**
Neuheiten 5779*

in Stoppdecken, Bettdecken, Schla-
und Reisedecken.

BERLIN N CHAUSSÉE-STR. 14

Die trockene Guillotine.

So wird die französische Kolonie Cayenne genannt, seitdem Napoleon III. die Opfer seines Staatsreiches dahin verbannte, um sie ohne Gewaltthätigkeit ums Leben zu bringen. Die Geschichte dieser Kolonie ist jetzt angefüllt mit auch in Deutschland erwachenden Lust, die tropischen Sumpfnester als Sträflingskolonien zu verwenden, für uns doppelt interessant. Deshalb kommt es sehr gelegen, daß die „Köln. Ztg.“ aus der Feder eines Reisenden Berichte über Guyana veröffentlicht, denen wir folgende Schilderung der französischen Sträflingskolonie Cayenne und ihrer Geschichte entnehmen:

Wer sich für die mehr denn 200 Jahren dauernden, stets gescheiterten Kolonisationsversuche der Franzosen in Guyana interessiert, findet darüber eine ausführliche Zusammenstellung bei H. Goudreau „La France équinoxiale“ (Paris 1887). Die Schilderung des unter Chouffeur im Jahre 1768 in Kara in grenzenlos leichtsinniger Weise ins Werk gesetzten Unternehmens, nahe bei Cayenne eine Kolonie von Tausenden von Spizhuden, Eskimolen, Bummlern, verkommenen Adligen, Schauspielerinnen und ähnlichen Tamen zu gründen, ein Versuch, der beinahe sämtlichen Beteiligten das Leben kostete — sie verhungerten und strafen sich zum Schluß gegenseitig auf —, liest sich wie der tollste Roman, dennoch beruht sie auf atemberaubend festgestellter Wahrheit.

Schon im Jahre 1791 hatte der Konvent, des ewigen Guffokiniens müde, ein Gesetz erlassen, demzufolge Verbrecher jeder Art nach der Kolonie verbannt werden konnten. Man folgte hierbei dem Beispiel Englands. Diese Strafmaßregel, die sich auch auf „reprois de justice“ (Mißfällige) und „vagabonds de profession“ (Wagabunden von Beruf) erstreckte und ganz so wie heute wieder in Frankreich besteht und von jeder in Rußland bestand, scheint wenig angewandt worden zu sein. Von den zahlreichen politischen Gefangenen, die um jene Zeit nach Cayenne verschifft wurden, ist General Pichegru der bekannteste; er landete 1797 dort an, entfloß aber schon im nächsten Jahre mit sieben Gefährten über Paramaribo nach England, um schließlich in Frankreich wieder festgenommen und auf Befehl Napoleons im Jahre 1804 im Tempel als wehrloser Gefangener erdrosselt zu werden. Dann geriet Cayenne für einige Zeit aufs neue in Vergessenheit, die Sträflinge brachte man inzwischen in den verschiedenen französischen Bagnes unter.

Die Opfer der Juni-Revolution wurden nach Algier verbannt; wegen der häufigen Entweichungen der politischen und gemeinen Verbrecher aus dieser, Frankreich so nahe gelegenen Kolonie faßte man damals den Plan, eine der seit 1842 unter französischer Herrschaft stehenden Markesas-Inseln im Stillen Ozean als Deportationsstation einzurichten; eine Ausführung desselben wurde aber nie versucht.

Dann kam der Staatsstreich vom 2. Dezember 1851. Da man sich scheute, die zahlreichen politischen Gefangenen, die demselben zum Opfer fielen, in Frankreich zu erschließen und eine Verbannung nach Algier aus dem oben angeführten Grunde nicht rüthlich erschien, erinnerte man sich plötzlich wieder des berühmten Cayenne. Mit feberhafter Hast wurden Dekrete und Gesetze ausgearbeitet, durch welche Guyana aufs neue endgültig Sträflingskolonie wurde. Das erste Dekret hierüber erschien schon am 8. Dezember 1851. Man hätte sich wohl, den wahren Zweck dieser Verbannungen — auf unblutige Weise von lästigen politischen Gegnern für immer befreit zu werden — auch nur andeuten. Cayenne wurde nicht nur Sträflingskolonie für politische, sondern für Verbrecher überhaupt. Man hatte hierbei natürlich nur „l'utilisation de la transportation aux progrès de la colonisation française“ (Die Ausnutzung der Verurteilung zur Beförderung der französischen Kolonisation) im Auge — so heißt es in einer der von Unwahrheiten strotzenden Verordnungen; man verfolgte nur den Zweck, im eigenen Interesse der Sträflinge im äquatorialen Guyana ein französisches Australien zu gründen. Dennoch wußte Jedermann in Frankreich, daß die Strafe der Verbannung nach Cayenne damals vollkommen einem Todesurtheil entsprach. Es war eine Erbarmlichkeit ohne Gleichen des späteren Napoleon III. und seiner Gesellen, sich auf diese Weise ihrer politischen und persönlichen Feinde zu entledigen und dieselben gerade so zu behandeln wie die allergemeinsten französischen und algerischen Verbrecher. Für ewige Zeiten haben sie sich hierdurch mit Schmach und Schande bedeckt.

Am 30. März 1852 verließ das erste Schiff „Müller“ mit 301 Sträflingen an Bord Frankreich, um am 10. Mai auf einer der etwa 90 Meilen nordwestlich von der Stadt Cayenne gelegenen Inseln von Salut, die später den viel passenderen Namen Îles du Diable erhielten, Anker zu werfen. Der Müller folgten rasch weitere Transporte, zumal nachdem im Jahre 1854 die Bagnes in Frankreich durch Gesetz abgeschafft und sämtliche Zuchthaussträflinge nunmehr nach Guyana verschifft wurden. In der Zeit vom März 1852 bis Mitte 1855 wurden 6915 Gefangene, darunter über dreihundert politische, dorthin verschifft; von denselben waren am 31. Dezember 1855 über 2500, also mehr als ein Drittel, gestorben.

Alle nach Cayenne Deportierten sind zu mindestens fünf Jahren Zuchthaus beziehungsweise travaux forcés (Zwangsarbeit) verurtheilt. Jeder Gefangene muß aber noch Ablauf seiner Strafe noch einmal dieselbe Zahl von Jahren in der Kolonie bleiben, dann erst darf er auf eigene Kosten nach Frankreich zurückkehren. Aber auch diese Vergünstigung erstreckt sich nur auf die, deren Strafe nicht 5—8 Jahre übersteigt. Jeder zu mehr als 8 Jahren Zuchthaus Verurtheilte, darf die Kolonie nie wieder verlassen. Für einen Sträfling also, der in Frankreich zu 6 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt wird, bedeutet das 12 Jahre Verbannung nach Neu-Caledonien oder Cayenne. Die Zuchtlagjahre rechnet man den Doudlago (die Verdoppelung). Bei allen, die 8 oder mehr Jahre Zuchthaus erhalten haben, erstreckt sich dieser Doudlago auf den Rest ihres Lebens. Länger als 16 Jahre dürfte übrigens wohl noch nie ein Sträfling in Cayenne am Leben geblieben sein; die durchschnittliche Lebenszeit desselben in der Kolonie beträgt nur 7—8 Jahre.

Der Verfasser schildert dann die verunglückten Versuche, Pflanzungen ins Leben zu rufen und fährt fort: Die Stadt Cayenne besitzt bis auf den heutigen Tag weder Kanalisation noch gepflasterte Straßen, weder Wasserleitung noch regelrechte Straßenbeleuchtung, nicht einmal einen Gasthof. Ein Reisender, der länglich Cayenne besucht, konnte dort nicht einmal einen Schwamm kaufen. Zwei Jahrhunderte französischer Herrschaft sind an Cayenne spurlos vorübergegangen; die Frucht sämtlicher Kolonisations- und Kultivierungsversuche ist einfach gleich Null. Geliefert hat die Kolonie dem Mutterlande vielleicht 300 Millionen Franken und 30 000 Menschenleben — dennoch denkt niemals ein Franzose daran, sich in dieser Kolonie als Kolonist niederzulassen. Wohl hatte Ribaut recht, als er vor kurzem schrieb: La Guyane française est une immense ruine où tout respire l'abandon. Pas d'industrie, pas d'agriculture, pas de commerce. La Guyane est morte. (Das französische Guyana ist eine gewaltige Ruine, wo alles den Stempel der Verödung und Vernachlässigung trägt: Keine Industrie, kein Ackerbau, kein Handel. Guyana ist todt.)

Reigt das unsere Kolonialpatrioten zur Nachahmung?

Soziale Ueberblick.

Achtung, Metallarbeiter! Laut Beschluß der Versammlung vom 27. März werden die gesammelten vorhandenen Markenbestände des Agitations- und Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter eingezogen. Eine neue „grüne“ Marke à 10 Pf. gelangt am 1. April zur Ausgabe, und ersuche ich daher alle diejenigen Kollegen, welche Marken zum Vertrieb in ihren Händen haben, den Umtausch gegen neues Material baldmöglichst zu bewerkstelligen. Die Marken sind zu haben, im Süden bei dem Kollegen R. Wegner, Oranienstr. 28 a, 3 Trepp., im Norden bei dem Kollegen W. Stäb, Postwallestr. 11, 3. Eingang 2 Trepp., sowie bei sämtlichen Branchen-Vertrauensmännern. Zugleich richte an die gesammelten Kollegen die Aufforderung, soweit in ihren Kräften steht, für die Stärkung unseres Agitationsfonds zu sorgen, damit alle kämpfenden Arbeitsbrüder nachhaltig unterstützt werden können.

Des Weiteren gebe ich bekannt, daß Listen verausgabt werden zur Unterstützung der streikenden Formier in Keula. Dieselben sind bei den Vertrauensleuten zu entnehmen.

Zugung nach Keula ist streng fernzuhalten.

Der Vertrauensmann
der Berliner Metallarbeiter.
Otto Raether, N., Anklamstr. 44.

Zum Schneiderstreik in Stuttgart ist augenblicklich nichts Neues zu melden. Während die Meister sich noch immer weigern, den Gehilfen entgegenzukommen, hoffen die letzteren zuversichtlich auf einen baldigen Sieg. In den letzten Tagen sind eine größere Anzahl lediger Gehilfen abgerückt; die Bemühungen der Prinzipale, von auswärtig Kräfte heranzuziehen, sind im ganzen erfolglos geblieben. Die Streikenden beschwerten sich bitter über das Vorgehen einzelner Polizeibeamten gegenüber den Gehilfen.

Der Streik der Feingoldschläger Stuttgarts ist beendet; nähere Nachrichten fehlen noch.

Ein Müllerkongreß, der während der Osterfeiertage in Heilbronn tagte, war von 24 Delegirten aus fast nur süddeutschen Städten besetzt. Die Verhandlungen führten zur Gründung des „Verbandes süddeutscher Müller, Arbeiter und verwandter Berufsgruppen.“ Als Sitz des Vorstandes wurde zunächst Heilbronn bestimmt. Mit der Gründung dieses neuen „süddeutschen“ Verbandes (ein deutscher Verband besteht bereits längere Zeit) hofft man das Mittel gefunden zu haben, die süddeutschen Müller mehr zur Organisation heranzuziehen zu können.

Zu der Thomah'schen Handschuhfabrik in Haynau sind jetzt sämtliche Arbeiter bis auf vier entlassen. Am vorigen Sonnabend ist nun auch sämtlichen Handschuhmachern der Thomah'schen Fabrik gelündigt worden.

Die streikenden Arbeiter der Lampenfabriken von Brunner u. Dittmar in Wien hielten am 28. März eine Versammlung ab, die einen sehr sämlichen Verlauf nahm. Einige Redner griffen die Polizei heftig an, so daß es zwischen den anwesenden Polizisten und Mitgliedern der Versammlung zu einem argen Tumult kam. Die Versammlung wurde schließlich aufgelöst.

Vom Zalknerstreik in Zürich wird mitgeteilt, daß bis jetzt 14 Meister die Forderungen bewilligt haben. Es streiken noch 40 Mann. Zugung ist noch streng fern zu halten.

Die Anzahl der Frauen und Mädchen, die im letzten Jahre in belgischen Kohlengruben unter Tage beschäftigt war, betrug im Ganzen 2893 gegen 2691 im Vorjahre. Diese Verminderung hat ihren Grund in der Anwendung des Gesetzes vom Dezember 1889, welches in der Folge die unterirdische Beschäftigung von weiblichen Personen unter 21 Jahren in Bergwerken verbietet. Ueber Tage hat sich die Anzahl der an den belgischen Kohlengruben beschäftigten Frauen um ca. 500 vermehrt. Die Löhne der belgischen Kohlenarbeiter sind, nach offiziellen Angaben, die folgenden: Im Vorkriegsgebiet 898 Franken pro Jahr, im Lütticher Distrikt 997 Franken und im Distrikt La Louvière, Jolimont re. 1005 Franken. — Das sind wahre Hungerlöhne, umso mehr, wenn man in Betracht zieht, daß der Bergarbeiter unter steter Lebensgefahr seine Beschäftigung vollbringt.

Zu der Schweiz tagten zu Oern neben dem Gewerkschaftskongreß in Bern auch noch die Delegirtenversammlungen der Metallarbeiter, Buchbinder und der Holzarbeiter und außerdem noch das sozialdemokratische Parteikomitee. Letzteres besaßte sich speziell mit einem Streitfall eines Theiles der schweizerischen Genossen im Wahlkreis Winterthur mit dem Arbeitersekretär Greulich, gegen den ungemein scharf vorgegangen worden war. Das Parteikomitee hob die bezüglichen Beschlüsse auf und wird die betreffende Resolution in der „Arbeiterstimme“ publizirt werden.

Die in Bern neben dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß tagende Delegirtenversammlung des Metallarbeiter-Verbandes beschloß, vom Bundesvorstand des Arbeiterbundes zu verlangen, daß in Ausführung des bezüglichen Beschlusses des Wiener Arbeitertages noch in diesem Jahre beim Arbeitersekretariat ein besonderer Sekretär für die Metallindustrie angestellt werde. Ferner wurde beschlossen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die von Arbeitern und Unternehmern getroffenen Vereinbarungen über die Arbeitszeit durch die kantonalen Gesetzgebungen festgelegt werden, da seitens des Bundes in dieser Richtung nichts gethan wurde. Ebenso soll auf die Beseitigung der Alfordarbeit und Festsetzung von Minimallöhnen hingewirkt werden.

Der schweizerische Gewerkschaftskongreß wurde während der Osterfeiertage in Bern abgehalten. Anwesend waren 162 Delegirte, ferner das sozialdemokratische Zentralkomitee und das Zentralkomitee des schweizerischen Grütlvereins.

Der Antrag des Bundeskomitees auf Errichtung eines ständigen Sekretariats, das im ersten Jahre mindestens 4500 Franken erfordern würde, wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt. Das Sekretariat würde für notwendig und zweckmäßig erachtet, allein in Rücksicht auf die relativ nicht hohen Einnahmen des Gewerkschaftsbundes für zu kostspielig gehalten. Immerhin soll beim nächsten Gewerkschaftskongreß wiederum darüber verhandelt werden.

Angenommen wurde sodann der Vertrag des Bundeskomitees mit dem Uhrmacher-Verband, wonach letzterer statt 50 nur 50 Cts. Quartalsbeitrag zu leisten hat. Ferner erhielt er das Recht, Streiks bis zu 40 Mitgliedern ohne vorherige Anfrage beim Bundeskomitee unternehmen zu dürfen. — Ein Antrag des Bundeskomitees, daß bei Streiks mit mehr als 300 Theilnehmern von jedem Mitgliede des Gewerkschaftsbundes ein besonderer Monatsbeitrag von 50 Cts. erhoben werden soll, wurde nach langer Debatte angenommen. — Ein weiterer Beschluß geht dahin, daß bei Streiks diejenigen Arbeiter, für die die gestellten Forderungen bewilligt wurden und welche daher weiter arbeiten können, wöchentlich 1 Franken in die Streikkasse zu zahlen haben und zwar so lange, bis der Streik beendet ist.

Ein anderer Antrag auf tägliche Leistung von 75 Cts. der Weiterarbeitenden war abgelehnt worden.

Die Wahl einer Redaktionskommission der „Arbeiterstimme“ wird der Arbeiterschaft St. Gallens übertragen, der Sitz des Bundeskomitees bleibt Zürich. Die Jahresentschädigung für das Bundeskomitee wird von 850 auf 1200 Franken erhöht werden. Den Sektionen wird die Errichtung von Zentral-Verbergen und Arbeitsnachweisen empfohlen. Den in der Lohnbewegung in Zürich stehenden Arbeitern wird in einer Resolution die Sympathie ausgedrückt und moralische und materielle Unterstützung zugesichert und auf Antrag des Genossen Mar auch auf die Streikenden in Bern, Bettlach und Sausanne ausgedehnt.

Um 3 Uhr war die Tagesordnung erschöpft und schloß der Präsident Karl mit einer begeisterten Ansprache und einem dreisprachigen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Einige Verlen aus der Krone des sozialen Gebäudes. Von den im Kreise Frankfurt-Stadt wohnenden 16 Altersrenten-Empfängern erhalten:

3 eine Jahresrente von 191,40 M.
2 „ „ „ 189, „
1 „ „ „ 163,20 „
5 „ „ „ 160,20 „
2 „ „ „ 155, „
1 „ „ „ 112,20 „
2 „ „ „ 108,80 „

Bei den in demselben Bezirk wohnenden 22 Invaliden-Empfängern beträgt die höchste Rente, welche ein Invalide erhält, 127,80 M., die niedrigste Rente 112,80 M.

Durchschnittlich erhält jeder Altersrentner pro Jahr 157,05 M., das macht pro Monat 13,09 M., jeder Invalide pro Jahr 126,05 M., pro Monat also 10 M. Und davon soll ein Arbeiter, womöglich noch mit Familie, leben. Versucht ein solcher Rentner durch irgend welche Nebenbeschäftigung leichter Art noch irgend etwas hierzu zu verdienen, so ist der Entzug der Invalidentrente das erste, was der Arme zu gewärtigen hat. Und darum nennt man das Deutsche Reich das Reich der sozialen Reformen!

Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Der Bericht der Handels- und Gewerbelammer Brunn pro 1893 enthält in dem Kapitel Steinkohlen-Bergbau folgenden interessanten Passus: Im Jahre 1893 waren die Arbeiterverhältnisse der Montanindustrie des Kammerbezirks günstiger. Die im Jahre 1889 und 1891 gewährte 16prozentige Lohnerhöhung besteht noch anrecht. Die Leistungsfähigkeit der Köstlicher Bergarbeiter ist in den letzten fünf Jahren bei um 13 pCt. reduzierter Arbeitszeit um 8 1/2 pCt. beziehungsweise um 1 1/2 pCt. gestiegen, wie dies die nachfolgenden Ziffern beweisen.

Arbeitszeit, Stunden	1888	1893
Durchschnittliche Leistung des Kohlenhauer pro Schicht, in der Vorrichtung und im Abbau, in Meterzentnern	11	9 1/2
Durchschnittliche Leistung pro Mann und Kopf (alle Arbeiter, auch Tagelöhner eingerechnet) in Meterzentnern	28,8	26,6
Löhne in Kreuzern österr. Währung pro Schicht	1888	1893
Kohlenhauer	124	151
Gefahrenhauer	139	165
Förderer	89	104
Schlepper	70	72

Ein Beweis mehr zu den vielen, die schon erbracht worden sind von der Thatsache, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters mit der Verkürzung der Arbeitszeit wächst. Das Unternehmertum ist kurzfristig genug, dies zu befreiten, obgleich es auch in seinem eigenen Interesse liegen würde, den Fabrikationsprozeß möglichst abzukürzen.

Versammlungen.

Der deutsche Holzarbeiterverband (Bezirk SO.) hielt am 19. März eine Versammlung ab. Das Referat hatte Dr. Seymann abgenommen, der einen interessanten naturwissenschaftlichen Vortrag hielt. Mehrere an den Referenten gerichtete Fragen beantwortete derselbe in ausführlicher Weise.

Die Zinkgießer und Stürzer beschäftigten sich in ihrer Versammlung am 20. März mit der Stellung zum 1. Mai. Kollege Schulz sprach in seinem Referat für die Durchführung der Arbeitruhe. Dem schlossen sich die Redner in der Diskussion an, und gelangte hierauf eine Resolution zur Annahme, die im gleichen Sinne gehalten war. Sodann giebt der Gewerbebezirks-Beiziger Jost einen ausführlichen Bericht über die Praktiken beim Gewerbegericht. Ein Antrag des Kollegen Wagner, der den Kollegen Jost auffordert, sein Amt niederzulegen, wird, nachdem sich der Kollege Schulz im gleichen Sinne geäußert hat, angenommen. Nach dem Bericht des Delegirten zur Gewerkschaftskommission erklärt sich die Versammlung mit der Beistellung für die Kosten zum Gewerkschaftsbureau einverstanden. Die weitere Diskussion drehte sich um gewerbliche Mißstände, besonders um die Bekämpfung der Alfordarbeit, und wählte man hierauf 9 Mitglieder für die Ausarbeitung des Lohn tariffs. Ein Antrag, dem Delegirten der Gewerkschaftskommission 50 Pf. pro Sitzung zu gewähren, wurde einstimmig angenommen.

Eine außerordentliche Versammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer. „Grundstein zur Eingekleit“ beschäftigte sich am 22. März in einer längeren Debatte mit dem Bescheid des Wahlkomitees, welches die Wahl der neun Delegirten der hiesigen Verwaltungsstelle zur Generalversammlung beanstandet hatte. Es wurde beschlossen, sich beschwerdeführend an den Ausschuß zu wenden und keine Neuwahl vorzunehmen.

Der Verein der Lithographen, Steindrucker und Verursgenossen hielt am 22. d. M. seine regelmäßige Versammlung ab, in der Genosse Jahn einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die französische Arbeiterbewegung“ hielt. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. — Der dritte Punkt der Tagesordnung: Erziehung des Vorstandes, wurde durch die Wahl der Kollegen Fregevic und Weide zu Vizehern erledigt. Kollege Schöps gab sodann das Resultat der Abstimmung, betreffend die Errichtung eines Vereinsbureaus bekannt. Für Errichtung des Bureaus haben gestimmt 593, dagegen 97 Mitglieder, 8 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten. Da die Zahl der eingegangenen Stimmen nur etwas über die Hälfte der Mitgliederzahl beträgt, soll die Kommission weiter bestehen bleiben um zu veranlassen, daß möglichst alle Mitglieder ihre Stimme abgeben. Die hierauf gegebene Abrechnung vom Winterfest weist eine Einnahme von 339 M. 10 Pf. auf, der eine Ausgabe von 318,55 M. gegenübersteht. Das vom Gefangenen-Senfelder zu gunsten unserer arbeitslosen Kollegen veranfaßte Beihandlungsvergnügen brachte einen Ueberschuß von 244,95 M. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 22. April, Vormittags 9 Uhr für die Mitglieder des Vereins

eine Vorstellung in der Urania stattfindet. Billets zum Preise von 40 Pf. ohne Nachzahlung sind beim Kollegen Brall, Schweinmünderstraße 4, zu haben.

Die freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter hielt am 20. März eine Versammlung ab. Aus einer vom Kollegen Schuster gegen den zweiten Vorsitzenden verlesenen Beschlusse legt der Genannte sein Amt nieder und wird an seiner Stelle Kollege Werner gewählt. Die recht eigenartigen Zustände in der Fabrik von Schweinmünderstraße 4, bei einigen Arbeitern der Fabrik hat sich nämlich die sonderbare Manier Eingang verschafft, des Abends noch Arbeit mit nach Hause zu nehmen. In einer Resolution richtet der Verein die Aufforderung an die Kollegen, in der betreffenden Fabrik für Abhilfe dieser Mißstände zu sorgen. Alsdann wird bekannt gemacht, daß mit der 14. Woche der 10 Pf.-Beitrag in Kraft tritt. Die Versammlungen finden fortan bei Philipp, Rosenthalerstr. 38, statt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher Branchen der Schuh-Industrie hielten am 27. März eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld referierte über die Bedeutung der Gewerbe- und Gewerkschaften. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entstehung dieser Vereine gibt Redner eine ausführliche Schilderung ihrer Zusammenfassung und des dabei zur Anwendung kommenden Wahlmodus, sowie eine Belehrung über ihre Zuständigkeit resp. Funktionen. Der Vortragende sprach am Schlusse des Vortrags die Hoffnung aus, daß es den Arbeitern, geführt auf ihre Organisationen, gelingen wird, der herrschenden Klasse weitere Zugeständnisse abzurufen und auch schließlich damit ihr Endziel, die Abschaffung des „freien“ Arbeitsvertrages und Herabsetzung der Produktionsweise durch Zurechtweisung der Arbeitsmittel, erreichen werden. (Beifall.) Die Diskussion über den Vortrag gestaltete sich zu einer Berichterstattung der Gewerbe- und Gewerkschaften und wurde hierbei wiederholt auf die bevorstehenden Wahlen zum Gewerbe- und Gewerkschaftsgericht hingewiesen. Fischer und Dvitz bekamen sich als persönliche Gegner für die Beteiligung an den Gewerbe- und Gewerkschaftswahlen. Mehrere Redner bekämpften die Unsitte des Einhandgebens und die an Neulungen in Fabriken geübten Schikanen. Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zur Waiserei. Die Filialschub- und Arbeiter-Willener mitteilten, haben einzelne Branchenversammlungen strikte Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen. Die Vertrauensleute der vier größeren Branchen sind übereingekommen, am 1. Mai, Vormittags 9 Uhr, in Fiebig's Salon, große Frankfurterstr. 24, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, nur sei noch die Frage offen, was nach der Versammlung geschehen soll; er befürwortete einen Auszug. Wider Wäntner plädierte für einen großen Demonstrationsumzug nach der Versammlung. (Zuruf: Gummischlauch und Platte.) Davor dürfe man sich nicht fürchten. Fischer drückte seine Befriedigung aus darüber, daß am 1. Mai alle Maschinen still stehen werden. (Abwarten.) Er war mit der Versammlung einverstanden, den Nachmittag soll jeder nach eigenem Ermessen verbringen. Für Klimbin und Kaffeebock kann er sich nicht begeistern; Karl Fleischer will, daß die Arbeitsruhe in den Fabriken unter allen Umständen durchgesetzt werden soll, ganz gleich, wie sich die Fabrikanten dazu stellen. A. Fleischer, Krause, Marx, Niederauer und Dittmer empfehlen am Abend die Beteiligung an der Feier in den Wahlkreisen. Eine Resolution, die sich für striktes Aushalten der Arbeit am 1. Mai ausdrückt, fand gegen zwei Stimmen Annahme. Die Frage der Feier am Nachmittag bleibt der Versammlung, die am 1. Mai stattfindet, überlassen. Zweck eifriger Agitation für eine impoiante Waiserei soll Mitte April noch ein Flugblatt zur Verbreitung kommen.

Eine öffentliche Versammlung aller Möbelpolierer tagte am 27. März im Conventstädtischen Klubhaus. In derselben erbatete der Kollege Franke, Delegierter der Gewerkschaftskommission, Bericht über die Tätigkeit der Kommission von dem letzten halben Jahr. Der Kostenbeitrag zur Erhaltung des notwendig gewordenen ständigen Büros der Gewerkschaftskommission betrug für die Möbelpolierer 50 M. Eine längere lebhafte Debatte rief die Waiserei hervor. Nach dem kurzen einleitenden Referat des Kollegen Franke, von vereinzelten, unvollständig abweichenden Ansichten abgesehen, gipfelte die Gesamtmeinung darin, daß die Verhältnisse der Möbelpolierer derart liegen, daß am 1. Mai strikte Arbeitsruhe eintreten kann. Es wurde vorgeschlagen, auch durch ein dementsprechendes Flugblatt für strikte Arbeitsruhe am 1. Mai zu agitieren. Drei Anträge und eine Resolution waren dem Bureau eingereicht, welche so ziemlich eines Inhalts waren, und schließlich zu folgender Resolution zusammengesetzt wurden: „Die Versammlung beschließt, den 1. Mai durch striktes Aushalten der Arbeit zu feiern. Zu diesem Zwecke findet am Vormittag eine öffentliche Versammlung statt. Nach dieser wird ein Ausflug unternommen. Die Veranstaltung einer würdigen Feier übernimmt die zu wählende Kommission.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und darauf die Kommission gewählt.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung tagte am 27. d. M. Der erste Punkt der Tagesordnung, Bericht und Abrechnung der Vertrauensmänner, wurde nicht definitiv erledigt, da sich infolge der vielen Ausfälle eine genaue Uebersicht, wie die Revisoren bestätigten, nicht geben ließ. Um die Buchführung zu vereinfachen, wurde beschlossen, neues Material anzuschaffen und die alten Marken einzusetzen, sowie den Unterhaltungs- und Agitationsfonds, die früher getrennt verwaltet wurden, mit einander zu verschmelzen. Auf Antrag Wegener wurde beschlossen, alljährlich neue Marken zu veranschlagen. Da die Vertrauensleute mit den bisherigen 2 resp. 3 Pct. Entschädigung nicht die tatsächlichen Auslagen decken können, kam man zu dem Beschluß, ihnen die Auslagen für Porto u. s. w. nach Höhe ihrer Liquidation zu vergüten. Die Revisoren erhielten Auftrag, nochmals eine Revision mit Hinzuziehung der übrigen Vertrauensleute zu veranstalten. Hartmann gab bekannt, daß eine Liste von den Gewerbe- und Gewerkschaften, die 1. 3. als verloren bekannt gegeben war, ungeschadet, von ihm an ihren Bestimmungsort abgeführt sei. Als Hauptvertrauensmann wurde Kollege Raicher, als Beiratsvertrauensmann für den Norden Kollege Stehr und als solcher für den Süden Kollege Wegener gewählt. — Hierauf erhielt A. Rörsten das Wort zu seinem Bericht über den Formersreiß in Keula. Redner weist in seinen ausführlichen Darlegungen nach, daß die Angaben der Direktion, wie sie vor kurzem durch die Presse gingen, unrichtig sind. Nur in einer Gießerei in Keula sind gelernte Formner beschäftigt und zwar haben diese gemeinsam die Arbeit niedergelegt. Die noch Arbeitenden sind keine Formner sondern Handarbeiter. Trotz der hohen Versprechungen, welche die Direktion nun macht, haben sich im Ganzen drei Streikbrecher gefunden. Es ist, das mag als Skandalmoment erwähnt werden, den Streikbrechern durch ein Inserat der hiesigen „Volk-Zeitung“ sogar die Fahrt 1. Klasse angeboten. Der Herr Direktor in höchst eigener Person ist auf der Suche nach Gimpeln, die sich für die horrenden Löhne nach Keula einfangen lassen wollen. Der Redner verliest einige Lohnzettel, aus denen die ganze Misere der dortigen Arbeiter hervorgeht. Es kommen Monatslöhne von ca. 90 M. zur Verfertigung. Falls die Arbeiter infolge der eigentümlichen Arbeitseinteilung gezwungen sein müssen, wird ihnen noch ein sogenanntes Urlaubsgeld von 5 Pf. pro Tag abgezogen. Der Referent sowohl als auch Kollege Wegener haben vergeblich versucht, während der Feiertage dort am Orte eine Versammlung abzuhalten. Der Anwaltmann von Kuskau hat aus sicherheitspolizeilichen Gründen die Tagung der Versammlung untersagt. Rörsten forderte, nachdem er die eintägige Lage der Streikenden eingehend geschildert hatte, zu kräftiger moralischer und materieller Unterstützung auf. Ein dahingehender Antrag wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. — Der Punkt: Berichterstattung von der Gewerkschaftskom-

mission zeitigte eine kurze Debatte. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit dem für die Metallarbeiter eingeleiteten Beitrag zu den Kosten des Gewerkschaftsbüros einverstanden. Die Berichte der Gewerbe- und Gewerkschaften sollen in einer späteren Versammlung gegeben werden.

In Steglitz hatten die Parteigenossen am 23. März Nachmittags eine Versammlung einzuberufen. Da die Behörde den Schluß der Versammlung um 6 Uhr wegen des Gottesdienstes bestimmt hatte, so erledigte die Versammlung zunächst die Stellung zur Waiserei. Man beschloß, des Vormittags einen kleinen Ausflug zu arrangieren und des Abends eine Versammlung abzuhalten. Nach dem Vortrag des Genossen Kaspar vertagte der Vorsitzende die Versammlung auf 59 Minuten, um einer Auflösung vorzubeugen. Leider konnte die Versammlung nach dieser Pause nicht weitergetragen werden, da die meisten Besucher das Lokal verlassen hatten.

Grünau. Reichstags-Abgeordneter H. Schmidt sprach hier am ersten Osterfeiertage Nachmittags in einer gutbesuchten Versammlung über das Thema: „Unsere politische Lage“. In der Diskussion suchten einige anarchische Proliferanten für ihre Ideen Propaganda zu machen, fanden aber in der Versammlung nur sehr wenig Anklang. Die nachfolgenden Redner und der Referent widerlegten unter dem Beifall der Versammlung die Vertheidiger der anarchischen Grundfähe. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Lokalfrage. Vorläufig steht den Genossen in Grünau nur das Lokal von Hecker zur Verfügung. Um aber auch die Lokalbesitzer der größeren Lokale zu veranlassen, ihre Säle zu Versammlungen herzugeben, wurde vorgeschlagen, nicht alle Lokale zu sperren, damit auch dem Bedürfnis derjenigen, die bei Vergnügungen Grünau besuchen, Rechnung getragen wird, und einige Lokale, die am Wasser gelegen sind, freibleiben. Die Versammlung beschloß deshalb nach einer längeren Diskussion, die Lokale Buchholz und Stein zu sperren.

In Rummelsburg fand am ersten Osterfeiertage Abends eine vom Vertrauensmann Jörgbert einberufene öffentliche Versammlung statt. An den mit lebhaftem Beifall entgegengenommenen Vortrag des Genossen Franz Berndt über: „Die Ursachen der Verbrechen“ schloß sich eine längere Diskussion, an der sich mehrere Redner im Sinne des Referenten beteiligten. Das Aushalten an die am 18. März zur letzten Ruhe gebetteten Genossin Jörgbert ehrte die Versammlung durch Erheben von den Sitzen. Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zur Waiserei eventuell Wahl eines Komitees. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, am 1. Mai eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Von jeder anderen Feierlichkeit wird Abstand genommen, jedoch jedem Genossen, der ein Aushalten der Arbeit ohne Nachregelung erwünschten kann, zur Pflicht gemacht, die am Vormittag von den Gewerkschaften einberufenen Versammlungen zu besuchen. Zum Schluß wurde auf die am 15. April in demselben Lokal (Böwinke, Hauptstr. 88) stattfindende Generalversammlung des allgemeinen Arbeitervereins hingewiesen.

In Rixdorf hielten am 27. März die dortigen Textilarbeiter eine öffentliche Versammlung ab. Der Delegierte zur Gewerkschaftskommission, Pause, erstattete Bericht über die Tätigkeit derselben. Anknüpfend an den Bericht, rief Schmittler, daß die Unterstellungen, welche die Rixdorfer Weber seinerzeit gelegentlich ihres Streiks von der Kommission erhielten, nicht einigermaßen wenigstens durch Abnahme von Bonus oder direkte Geldzuwendungen ausgeglichen wurden. Pause weist demgegenüber auf die besonders schlechte wirtschaftliche Lage der Gewerkschaften und darauf hin, daß die Rixdorfer Weber das Ihre thaten, als die Gewerkschaftskommission im vorigen Jahre wegen Unterstufung der freilebenden grophischen Arbeiter (Kaufmann u. Co.) durch den Delegierten an sie herantrat. Hierauf nahm die Versammlung zur Waiserei Stellung, über deren Bedeutung Genosse Pause referierte, der, wie mehrere nach ihm folgende Redner, für die Arbeitsruhe eintrat. Die Annahme folgender Resolution war das Ergebnis der erfolgten Aussprache: „In Erwägung, daß die Rixdorfer Weber und Spulerrinnen bei einigen Zusammenhalten durch die Feier des 1. Mai eine Maßregelung nicht zu erwarten haben, beschließt die heutige Versammlung, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die Versammelten verpflichten sich, dafür zu agitieren, daß die Arbeiter Rixdorfs aus allen Branchen, deren wirtschaftliche Stellung dies erlaubt, am 1. Mai die Arbeit einstellen.“ Es wurde angeregt, für die Durchführung des Beschlusses durch einen Artikel im Fachblatt Propaganda zu machen. Die Berliner Gewerkschaftskommission auch ferner durch Delegierte zu beschiden, wurde abgelehnt, da die Rixdorfer Gewerkschaften jetzt selbst ein Kartell gebildet haben. In dasselbe delegierte man den Genossen Schulz. Schließlich wurde noch die Agitationskommission neu konstituiert. Bis auf weiteres gehören derselben von nun ab die Genossen Wolf, Scheinig und Schulz an.

Eingelaufene Druckschriften.
Unter dieser Rubrik zeigen wir sämtliche der Redaktion zugehende literarische Beiträge an. Wir bitten unsere Leser die Remnung der Schriften nicht als Empfehlung der Redaktion, sondern lediglich als Empfehlung anzufassen.
Wos über die neuesten Erscheinungen, welche im Interesse unserer Leser oder aus politischen Gründen besprochen werden müssen, vorzuziehen wir, soweit dies der Raum unseres Blattes zuläßt, kritischen. Genäß einer Verlagsbuchhandlung die Anführung der überlieferten Rezensionen in dieser Rubrik nicht, so bitten wir von der Zusendung der Rezensionen des Verlags absehen zu wollen.
„Die Zeitschriften“, Monatschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung. Soeben erschien das 3. Heft des 5. Jahrgangs.
Karl Dendek. Zwischenspiel. Zürich 1894. Verlagsmagazin (A. Schabely).
Der Fall Krasse oder die Millionenerbschaft der Stadt Kiel. Von F. R. Berlin. Verlag von Ed. Neuhel.
Moderne russische Zensur und Presse. Von W. J. Nagradow. Berlin. Verlag von Siegfried Grossbach. Preis 6 M.
Quosque tandem! Ein Friedenswort von Rich. Grelling. Dresden und Leipzig. Verlag: G. Pierson. Preis 50 Pf.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). In beziehen durch alle Zeitungsdepoture. Vom 1. April ab beträgt das Abonnement durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsdepoture pro Quartal 1,20 M., unter Kreuzband 1,80 M.
Nr. 9 vom 29. März hat folgenden Inhalt: Wo hinaus? — Die Kreuzzeitung vor vier Jahren und heute. — Der Polizeiwächter und die Propaganda der Thät. — Fabrikanten als Förderer des Arbeiters in Anstalt. — Der Postarist und die Währung. — Aus der Schweiz. — Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung. II. — Politisches. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Agrarisches. Vom Lande. — Aus ländlichen Kreisen. — Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in den östlichen Provinzen Preußens. — Arbeitszustände bei der Herstellung unserer Nahrungsmittel. — Die Lage der amerikanischen Bergarbeiter. — Industrie. Handel. Technik. — Geden und Märchen. — Gewerkschaftliches. Vereine. — Arbeiterchutz. Arbeiterversicherung. — Sozialstatistisches. Zur Arbeiterfrage. — Vermischtes. — Todtenliste. — Literatur.
Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braum (Carl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nummer 26 hat unter anderem folgenden Inhalt:
Die Garantien des Angeklagten nach dem Strafprozeß-Gesetz. Von Dr. Hugo Heinenmann. Zur Entwicklung des Großbetriebes. Die Erzeugung des elektrischen Stroms mittels

Dampfkraft in Preußen 1893. Einwirkung des englischen Kohlenstreiks auf die Kohlenausfuhr. Die Beschäftigung schwangerer Frauen in England. Von Dr. Stephan H. For. Zur Lage der Bureauangehörigen. Von W. Klor. Die französischen Berufsorganisationen. Von Leo Frankel. Gewerbestreitigkeiten in England 1892 und 1893.

Mit dem soeben erschienenen 3. Bande ist nun die erste Gesamtausgabe von Albert Dull's sämtlichen Dramen vollständig geworden. (Verlag von J. S. B. Diez in Stuttgart.) Die drei Bände (Preis brosch. je 3 M., gebd. 4 M.) enthalten: 1. Band: Albert Dull, sein Leben und seine Werke. — Orla, dramatische Dichtung. — Leo, Drama in fünf Aufzügen. — 2. Band: Jesus der Christ, ein Stück für die Volkstheater in neun Handlungen. — Simson, ein Bühnenstück in fünf Handlungen. — 3. Band: Konrad der Zweite, historisches Schauspiel in sechs Handlungen. Erster Teil: König Konrad der Zweite. Zweiter Teil: Kaiser Konrad der Zweite. — Wila, Schauspiel in drei Handlungen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
Baustr. 16a. Wenden Sie sich an die Armendirection des Magistrats.
H. B. S. 1. Die Frau, die Brüder und das Kind — letzteres nur, wenn es anerkannt worden ist. 2. Es kommt auf den Inhalt des Testaments an. 3. Wenden Sie sich an die nächste Volksbibliothek. 4. Wir sind Ihrer Ansicht, daß ein Sozialdemokrat beßeres thun kann.
Abonnuent Wechsler. Rein.
A. M. Leipzig.
Café Reil 34. 1. Nein. 2. Ja.
H. Wöhme, Löderburg. Die Frau hat sich über die Anschuldnung vor dem Untersuchungsrichter auszulassen, kann aber auch jede Auskunft verweigern.
Zwei Wettende, Launig. Nicht alle Sterne, die wir sehen, gehören zu unserem Sonnensystem. Die Fixsterne haben eigenes Licht und eigene sie begleitende Trabanten.
H. D., Malchow. Spenerstraße 23. Roabit-Berlin.
H. S. 45. Nach § 18 des Einkommensteuer-Gesetzes wird bei einem Einkommen von 3000 M. abwärts, für jedes Familienmitglied unter 14 Jahren ein Betrag von 50 M. in Abzug gebracht. Sie sind zu 1440 Einkommen veranlagt und haben zwei kleine Kinder. Ihre Einkünfte muß also um 2x50=100 M. ermäßigt werden. Remonstrieren Sie daher. In Zukunft achten Sie bei Ausfüllung der Steuerliste darauf, in der Kolonne Bemerkungen anzuführen, daß Sie zwei kleine Kinder unter 14 Jahren haben.
Otto Schüle. Wenn Sie den Fehler bei sofortiger Berücksichtigung sehen konnten, so haben Sie keine Rechte. Konnten Sie den Fehler aber erst bei der Verarbeitung bemerken, so können Sie, falls noch nicht sechs Monate vergangen sind, auf Schadenersatz klagen.
H. T. 101. Kommen Sie in die Sprechstunde.
H. W., Krausenstraße. Eine Abfindung über Alimente für ein uneheliches Kind befreit Sie nur dann, wenn die Abfindung vom Vormundschaftsgericht genehmigt ist. Ob dies in Ihrem Fall durch Zahlung der 500 M. geschehen ist, ergibt sich aus Ihrer Anfrage nicht. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt.
H. S. 41. 1. Nein. 2. Die Arbeiter stehen nach, sie können klagen und nachzahlen lassen, auch den Schuldner zum Offenbarungseide laden. 3. Der Vater braucht nur aufzukommen, wenn der Sohn nicht genügend verdient oder nicht genügend vom Vater erhält. 4. Gegen Kündigung bei Subhastation giebt es keinen Schutz. Die andere Frage ist nicht recht verständlich. Sie scheinen auf eine zu lange Zeit vorausbezahlt zu haben.
Langstraße. Nach § 77 der Verbands-Ordnung kann das Gefände, wenn es die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn gereizt hat und dafür mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt worden ist, keine gerichtliche Genugthuung fordern.
F. R., Rixdorf. Wenn Kinder dem Nachlaß des Vaters nicht entzogen und auch kein Nachgelagertes eingereicht haben, so haften sie für Schulden des Vaters auch dann, wenn dieser Nichts hinterlassen hat.
H. S. 100. Bei Subhastation kann der neue Eigenthümer zum Ablauf des folgenden Vierteljahres kündigen. Da das Grundstück, in welchem Sie wohnen, am 12. Februar versteigert ist, so kann der Erheber zum 30. Juni kündigen, die Kündigung muß aber spätestens am 3. April erfolgen. Ihr Kontrakt schließt Sie nicht.
A. R., Berlin. Stadthagen kommt Ende Mai nach Berlin zurück. Bis dahin erkundigen Sie sich noch einmal.
H. S. 100. 1. Können wir wegen Mangel an Raum nicht angeben. 2. Ja, wenn er es selbst verschuldet hat. 3. Ein Jahr nach Kenntnis.
F. G. W. 100. Ihre Frau und Tochter können die Auszahlung verweigern. Die Sachen Ihrer Frau haften für Miethschulden.
A. W. 1. Nein. 2. Nein. 3. Kommen Sie in die Sprechstunde. 4. Nein.
H. W. 22. Wiederholen Sie die Frage unter Angabe Ihres Verdienstes.
001. Wir können wegen Mangel an Raum den Paragraphen nicht abdrucken. Kommen Sie in die Sprechstunde und legen Sie das Buch ein.
Teltow 31. Die Ihnen aus den diversen Abrechnungen doch bekannt sein sollte, werden drei Mitglieder des Parteivorstandes mit je 250 M. pro Monat befordert.
Beve. Geben Sie in eine Kaltwasser-Heilanstalt, wenn Ihr Egoismus dies letzte Heilmittel zuläßt.
Zimpfel. Der Fischereistreit war im Jahre 1894.
G. F. P. Von den Konditionen ist uns der Arbeitsnachweis nicht bekannt, da uns ein Statut dieser Vereinigung nicht zugefandt ist.
Karl Meier. Rein.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dazu ansgereicht ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.
In Nr. 70 des „Vorwärts“ befindet sich unter Sozialer Ueberlicht ein „Aufruf“ der freien Vereinigung der Berliner Zeitungsdepoture und Verkäufer an die „Genossen“, in welchem u. a. über die Anfeindungen nicht organisirter Depoture Klage geführt wird. Auch werden alle Leser im Aufruf ersucht, dahin zu wirken, daß sich die nicht organisirten Zeitungsdepoture der freien Vereinigung der Berliner Zeitungsdepoture und Verkäufer anschließen. Was ist denn nun eigentlich die obige Vereinigung für eine Organisation? — Nach meiner Uebersetzung ein Unternehmerinteressen-Verein, wie jeder andere, denn diejenigen, welche mit dem Austragen der Zeitungen beschäftigt sind, gehören einfach nicht zum Verein, das sagt schon der Name des Vereins. Daß einige Mitglieder des Vereins Genossen sind, ist doch kein Beweis für die Grundfähe desselben.
Jeder Leser des oben benannten Aufrufs wird zu der Ansicht gedrängt, daß nur diejenigen Depoture „Genossen“ sind, die der freien Vereinigung der Zeitungsdepoture angehören. Will man, oder wollte man ernstlich organisiren, so trete man in die Öffentlichkeit. Eine öffentliche Versammlung der Beteiligten, wo auch die nicht organisirten Depoture ungehindert ihre Meinung äußern können, wird für die Leser des „Vorwärts“ Klarheit schaffen.
W. H. G. a. m. a. n. n., Grünthalersstr. 67.